

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettizelle oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 223.

Mittwoch, den 23. September 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das wöchentliche Unterhaltungsblatt.

Kapitalistische Raubwirtschaft.

he. Für die Sicherung und Förderung seiner Existenz und seiner Kultur durch Arbeit ist der Mensch auf die Güter und Kräfte der Natur angewiesen. Aus dieser Abhängigkeit ergibt sich seine Stellung zur Natur. In dieser Stellung haben wir zwei große Perioden zu unterscheiden. Die erste umfaßt die in vorgeschichtlicher Zeit sich verlaufenden Epochen, in denen der Mensch in seinem Kampfe ums Dasein lediglich auf die ihm von der Natur gegebenen Organe und Kräfte angewiesen war. Die zweite Periode beginnt mit dem Bemühen des Menschen, seine Organe durch Werkzeuge zu verstärken, durch künstliche Mechanismen und Apparate zu ersetzen, mit ihrer Hilfe die Naturgüter sich anzueignen und seinen Kräften die Kräfte der Natur unterzuordnen. Beide Perioden haben viele Stadien; aber der generelle Unterschied ist der: in der ersten herrscht die Natur über den Menschen, in der zweiten herrscht der Mensch über die Natur. In dieser Periode befinden wir uns noch; ihr kann keine weitere folgen; die ganze Zukunft des Menschengeschlechts begreift sich in ihr. Eine höhere Stellung zur Natur als die, sie zu beherrschen, kann der Mensch nicht erreichen. Nur das Maß, die Macht dieser Herrschaft wächst beständig.

Spricht man von „natürlichen Gesetzen des Wesens der Arbeit“, so haben wir darunter zu verstehen, daß die Natur mit ihrem großen, unwandelbaren Grundgesetz zwingend vorbildlich für die Arbeit ist. Dieses Grundgesetz ist eben nichts anderes wie Arbeit, Arbeit im Sinne mechanischer, d. h. bewegender Kraft, oder, wie die Physik lehrt: Energie. Das Universum, der unendliche Weltraum, ist eine Werkstätte, wo physikalische Kräfte und Erscheinungen in unabänderlicher Ordnung walten, eine als Weltmechanismus zu bezeichnende, eherner Gesetzmäßigkeit mechanischer und chemischer Energie. Dieser Mechanismus bringt alle die Stoffe zustande, welche die Grundlage der menschlichen Arbeit bilden: Stein, Holz, Metalle, Kohle, Wasser usw. Die Arbeit macht ihn zum Beherrscher der Kraft und des Stoffes. Damit verbindet er die Befähigung zu einer einheitlichen Dekonomie der Kraft und deren Ausgestaltung, und wie in der Einheit der wirtschaftlichen Kräfte der Natur das Gesetz der Sparsamkeit gilt, so macht dieses Gesetz auch in der menschlichen Dekonomie sich geltend; es wirkt dahin, daß die Einsätze an Kraft die Opfer, welche, wie jede Lebensergänzung, auch der Mensch bei seiner Arbeit im Kampf ums Dasein, im Ringen um die Vervollkommnung und Verbesserung seines Daseins bringen muß, auf ein Minimum reduziert werden.

Über nicht in gerader Richtung und nicht ohne große Störungen und willkürliche Eingriffe verläuft dieser Entwicklungsprozeß. Der Mensch hat nicht nur gelernt, zu seinem Heile die Naturgüter zu gewinnen und zu verwerten, die Naturkräfte zu beherrschen und sich dienstbar zu machen — er hat auch im Zusammenhange damit Produktionsweisen und auf deren Grundlage wirtschaftliche und soziale Ordnungen geschaffen, die mehr oder weniger dem Wesen der Arbeit und ihrer kulturellen Bedeutung widersprechen, weil sie nicht gerichtet sind auf die Erfüllung des Selbstzweckes der Arbeit, sondern darauf, die Arbeit einem einseitigen, egoistischen Ausbeutungs- und Herrschaftsinteresse unterzuordnen.

Dieses ist das Charakteristikum auch der Produktionsweise und der Wirtschaftsordnung unserer Zeit, und zwar in ganz hervorragendem Maße. Keine der vorhergegangenen Wirtschaftsepochen hat an solch rücksichtsloser und ausgiebiger, dem Wohle der Gesamtheit und dem wahren Kulturbegriff widerstrebender Weise die Natur und die menschliche Arbeit egoistischer Ausbeutung zu unterwerfen vermocht, als die kapitalistische Wirtschaftsordnung es tut. Dem Kapitalismus kommen eben alle die großartigen Errungenschaften der Wissenschaft und der Technik zugute, welche frühere Zeiten nicht kannten. Er legt im Interesse privater Besitzübermacht nicht nur Beschlagnahme auf die Güter und Kräfte der Natur und auf die menschliche Arbeit, weit geht er hinaus über das natürliche Recht des Menschen, dieser Güter und Kräfte im Interesse seiner Wohlfahrt sich zu bedienen; er macht das Recht einer verwüstenden Raubwirtschaft geltend. Er kennt keine anderen Rücksichten gegen die Natur und die Menschen, als die, zu denen er gezwungen wird. Er verheert die Wälder, jagt rücksichtslos den Boden aus und verschlechtert so die Mutter Erde, die klimatischen Verhältnisse, die natürlichen Existenzbedin-

gungen für Mensch und Tier. Er betreibt Raubbau im Schoß der Erde; er rottet nützliches Getreide aus, er zerstört unermessliche Werte; er verwüftet die Volkskraft. Dem Gesetz von der Vermehrung der Kräfte gibt er die Bedeutung der Vermehrung der Reichtümer in den Händen weniger; die Teilung der Arbeit ist ihm das Mittel, die Ausbeutung der Arbeitskraft möglichst zu steigern; das Gesetz der Sparsamkeit verkehrt er in das Gesetz des Herrschaftsinteresses grenzenloser Habsucht, die der Vervollkommnung und Verbesserung der Arbeitenden widerstrebt.

Diesen Zustand finden wir überall da, wo der Kapitalismus herrscht. Seine Raubwirtschaft erstreckt er vornehmlich auf die Naturgüter, welche die wichtigsten Hilfsquellen der menschlichen Arbeit sind: auf Holz, Kohle, Eisen und andere Metalle etc. Es gibt nicht ein Land moderner Kultur oder ein Land, wohin kapitalistische Unternehmung vorgebrungen, in welchem nicht mehr oder weniger schwer durch raubwirtschaftliche Abholzung der Wälder gelüdet worden wäre.

Ein geradezu drastisches Beispiel der Raubwirtschaft bieten die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Dort hat sie sich in so hochbedenklicher Weise entwickelt, daß kürzlich, wie wir berichtet haben, Präsident Roosevelt eine Konferenz aller Gouverneure der Unionstaaten und Territorien einberief, der die Aufgabe gestellt war, über die Erhaltung der Hilfsquellen des Landes, über die Einschränkung und Verhinderung der Raubwirtschaft zu beraten und die Wege zu finden, an ihre Stelle eine vernünftige, geordnete Nationalwirtschaft zu setzen. Als die wirtschaftliche Entwicklung der Union in ihrem ersten Stadium sich befand — es ist seitdem kaum ein halbes Jahrhundert verstrichen —, war ein beispiellos bedeutender Grundstock an Wäldern vorhanden; heute sind nahezu zwei Drittel des Nugholzes dahin. Einzelne Nugholzmarten sind bereits ganz verschwunden; es ist berechnet worden, daß andere bei Fortdauer des jetzigen Verbrauchs in fünf Jahren für den Handel nicht mehr in Betracht kommen, noch andere in dreizehn Jahren nicht mehr existieren und die Bauhölzer nur noch etwa vierzig Jahre vorhalten werden. Der vorhandene Bauholzvorrat wird auf zwei Billionen Fuß geschätzt, der jährliche Verbrauch beträgt 40 000 Millionen. Während in Europa nur ein Verbrauch von 60 Fuß auf den Kopf der Bevölkerung kommt, beläuft er sich in den Vereinigten Staaten auf 500 Fuß. Es werden dreimal soviel Bäume vernichtet als da wachsen.

Diesem Unheil kann man allerdings begegnen; Wälder können durch Aufholzung und entsprechende Schonung wieder ersetzt werden. Was aber nicht wieder ersetzt werden kann, das ist Kohle, Eisen und sonstige Metalle, Petroleum usw. — alle die Schätze des Bodens, welche die hauptsächlichsten Träger der modernen Produktion und Kultur sind. Amerika hat ausgedehntere Kohlenfelder als irgend ein anderes Land. Ihre intensivere Ausbeute begann erst vor ungefähr 50 Jahren. Fassen wir den kürzeren Zeitraum vom Jahre 1887 bis jetzt ins Auge. Damals betrug die Kohlenausbeute in den Vereinigten Staaten 118 524 Millionen metrische Tonnen; bis zum Jahre 1907, also 20 Jahre später, hatte sie sich gesteigert auf über 420 000 Millionen. In dem einen Jahrzehnt von 1896 bis 1906 wurden mehr Kohlen verbraucht, als in den vorangegangenen 75 Jahren. Die Kohlenförderung wird so verschwenderisch betrieben, daß ebensoviele Kohlen verloren gehen wie zur Verwendung gelangen. Selbst wenn der Konsum nicht noch steigt, werden die Anthrazitkohlenfelder in 60 bis 70 Jahren vollständig erschöpft sein. Von dem Naturgas, woran große Gebiete der Vereinigten Staaten sehr reich sind, läßt man täglich 10 Milliarden Kubikfuß unbenutzt in die Luft entströmen, was einem täglichen Verlust von 160 000 Fässern Petroleum oder von 40 000 Tonnen Kohlen entspricht. Und doch würde durch einen verhältnismäßig geringen Aufwand von Arbeit und Geld dieser Verlust verhindert werden können.

Die Raubwirtschaft, der das Eisen unterworfen ist, wird in einigen Ziffern offenbart. In dem zwanzigjährigen Zeitraum von 1886 bis 1907 haben die Vereinigten Staaten ihre Roheisenproduktion von 5 $\frac{3}{4}$ auf über 26 Millionen metrische Tonnen jährlich gesteigert. Der größte Teil der letzteren Summe entfällt auf den amerikanischen Stahlruß, der im Jahre 1907 nicht weniger als 145 Werke umfaßte. Hält der Eisenverbrauch nur in demselben Maße wie bisher an, dann werden die besten Erzlager in 40 Jahren aufgebraucht sein. Ähnlich verhält es sich mit der Kupferausbeute; von 82 Millionen Tonnen im Jahre 1887 ist sie auf 397 Millionen Tonnen im Jahre 1907 gestiegen.

Noch viel schlimmer ist der von den Farmern nach kapitalistischer Tendenz betriebene landwirtschaftliche Raubbau. Ins Ungeheure ist in den

Vereinigten Staaten die Getreide- und Baumwollproduktion gesteigert worden. Die Ackerbaufläche für Weizen betrug im Jahre 1849 erst 8 Millionen acres, im Jahre 1906 hingegen etwa 50 Millionen acres. Eine ähnliche Entwicklung hat der Anbau anderer Getreidearten und der Baumwolle gemacht. Diese Entwicklung müßte als ein Segen erachtet werden, wenn sie nicht durch schlechte, raubbaumäßige Bewirtschaftung des Bodens zustande gekommen wäre. Der Boden ist so rücksichtslos, so unsinnig ausgezogen worden, daß in den verschiedensten Staaten der Union unzählige Farmen einfach als nicht mehr rentabel und sonach wertlos von ihren Besitzern verlassen worden sind. In verhältnismäßig kurzer Zeit sind riesige Flächen eines Bodens, der noch vor einem Jahrhundert, zum großen Teil noch vor wenigen Jahrzehnten jungfräulich war, völlig erschöpft worden. Dahin hat es die dem kapitalistischen Wirtschaftssystem eigene Tendenz, sich rücksichtslos möglichst schnell zu bereichern, gebracht. Darin begreift sich nicht nur eine schwere Schädigung der amerikanischen Nation, sondern auch der ganzen Weltwirtschaft.

Die Vereinigten Staaten haben mit ihrer Raubwirtschaft ein warnendes Beispiel gegeben. Ob es dort gelingen wird, unter der Herrschaft des Kapitalismus diesem System Einhalt zu tun und es zu überwinden, erscheint uns sehr fraglich. Ohne Zweifel ist dem Sozialismus die große Aufgabe vorbehalten, ihm ein Ende zu machen, und zwar nicht nur in Amerika, sondern in der ganzen Kulturwelt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Schatzsekretär Sydow über die Reichsfinanzreform.

Am leitender Stelle kündigt die „Nordd. Allg. Ztg.“ einen Artikel des Herrn Sydow an, der am 25. Septbr. in der „Deutschen Rundschau“ veröffentlicht wird und der die Reichsfinanzreform zum Gegenstand eingehender Erörterungen macht. — Wenn das Billow-offizielle Blatt meint, damit sei schlagend widerlegt, daß man an leitender Stelle Geheimniskrämerie treibe, so ist zu bemerken, daß auch die Auszüge, die von der „Nordd. Allg. Ztg.“ aus deren Artikel schon jetzt gegeben werden können, durchaus noch keine Klarheit schaffen. Anscheinend soll das deutsche Volk vorfristig und schonend auf den Raubzug vorbereitet werden, der auf seine Taschen geplant ist. In Wirklichkeit läßt dieses Hinauszerrren auf eine Ueberrumpelung der Steuerzahler hinaus. Mit diesem plumphen Kniff wird man den notwendigen Protest weder aufhalten noch abschwächen können. Zu der Finanzlage des Reiches selbst meint Sydow:

So kann es und darf es nicht fortgehen. Diese Überzeugung hat sich nachgerade in allen politischen Parteien ohne Ausnahme durchgesetzt, sie ist im Begriff, durch die in diesem Punkte übereinstimmende Erörterungen der gesamten Presse zum Gemeingut des deutschen Volkes zu werden.

Der Minister stellt sodann fest, daß für die nächsten fünf Jahre mit einem Mehrbedarf von 2 000 bis 2 250 Millionen Mark gerechnet werden muß, sodaß pro Jahr 500 Millionen Mark neue Steuern nötig sind. Damit steht also fest, daß die Finanzreform eine Mehrbelastung des deutschen Volkes um mindestens 500 Millionen Mk. pro Jahr bringen wird. Dieser Mehrbedarf setzt sich zusammen aus den vorhandenen Fehlbeträgen, aus den Neuanforderungen der Sozialpolitik durch Witwen- und Waisenversicherung, der Erhöhung der Beamtengehälter, den notwendig werdenden Zuschüssen für den Reichsinvalidenfonds, den erhöhten Summen für die Schuldenabfuhr und für die Abfuhr der gestundeten Matrikularbeiträge, den Ausfällen bei der Abfuhr der Zucker- und Befreiung der Fahrkartensteuer. Die Einführung direkter Steuern wird abgelehnt, weil diese Steuerart den Einzelstaaten und den Gemeinden überlassen bleiben müsse.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Verbrauchsbesteuerung durch das Reich. Ohne Besteuerung des Massenkonsums, die in Deutschland bis jetzt weit weniger entwickelt ist, als in anderen großen Staaten, läßt sich der Fehlbetrag nicht decken. Branntwein, Bier und Tabak sind schon um deswillen besonders geeignete Steuerobjekte, weil sie reine Genussmittel sind und daher die Unterwerfung unter die Steuern seitens der Konsumenten in gewisser Weise den Charakter der Freiwilligkeit trägt. Es muß nur dafür gesorgt werden, daß die Steuer auch wirklich auf die Massen übergehen kann und nicht im wesentlichen auf dem Gewerbe hängen bleibt, damit nicht blühende Industrien ruiniert werden. Ob noch Steuern auf andere Gegenstände des allgemeinen Gebrauchs zur Aufbringung der erforderlichen Mittel herangezogen werden sollen, bleibt mit Rücksicht auf die noch nicht abgeschlossenen Vorarbeiten

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 223.

Mittwoch, den 23. September 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das wöchentliche Unterhaltungsblatt.

Kapitalistische Raubwirtschaft.

he. Für die Sicherung und Förderung seiner Existenz und seiner Kultur durch Arbeit ist der Mensch auf die Güter und Kräfte der Natur angewiesen. Aus dieser Abhängigkeit ergibt sich seine Stellung zur Natur. In dieser Stellung haben wir zwei große Perioden zu unterscheiden. Die erste umfaßt die in vorgeschichtlicher Zeit sich verlaufenden Epochen, in denen der Mensch in seinem Kampfe ums Dasein lediglich auf die ihm von der Natur gegebenen Organe und Kräfte angewiesen war. Die zweite Periode beginnt mit dem Bemühen des Menschen, seine Organe durch Werkzeuge zu verstärken, durch künstliche Mechanismen und Apparate zu ersetzen, mit ihrer Hilfe die Naturgüter sich anzueignen und seinen Kräften die Kräfte der Natur unterzuordnen. Beide Perioden haben viele Stadien; aber der generelle Unterschied ist der: in der ersten herrscht die Natur über den Menschen, in der zweiten herrscht der Mensch über die Natur. In dieser Periode befinden wir uns noch; ihr kann keine weitere folgen; die ganze Zukunft des Menschengeschlechts begriff sich in ihr. Eine höhere Stellung zur Natur als die, sie zu beherrschen, kann der Mensch nicht erreichen. Nur das Maß, die Macht dieser Herrschaft wächst beständig.

Spricht man von „natürlichen Gesetzen des Wesens der Arbeit“, so haben wir darunter zu verstehen, daß die Natur mit ihrem großen, unwandelbaren Grundgesetz zwingend vordringlich für die Arbeit ist. Dieses Grundgesetz ist eben nichts anderes wie Arbeit, Arbeit im Sinne mechanischer, d. h. bewegender Kraft, oder, wie die Physik lehrt: Energie. Das Universum, der unendliche Weltinnenraum, ist eine Werkstätte, wo physikalische Kräfte und Erscheinungen in unabänderlicher Ordnung walten, eine als Weltmechanismus zu bezeichnende, eherner Gesetzmäßigkeit mechanischer und chemischer Energie. Dieser Mechanismus bringt alle die Stoffe zustande, welche die Grundlage der menschlichen Arbeit bilden: Stein, Holz, Metalle, Kohle, Wasser usw. Die Arbeit macht ihn zum Beherrscher der Kraft und des Stoffes. Damit verbindet er die Befähigung zu einer einheitlichen Dekonomie der Kraft und deren Ausgestaltung, und wie in der Einheit der wirtschaftlichen Kräfte der Natur das Gesetz der Sparsamkeit gilt, so macht dieses Gesetz auch in der menschlichen Dekonomie sich geltend; es wirkt dahin, daß die Einsätze an Kraft die Opfer, welche, wie jede Lebensexistenz, auch der Mensch bei seiner Arbeit im Kampf ums Dasein, im Ringen um die Vervollkommnung und Verbesserung seines Daseins bringen muß, auf ein Minimum reduziert werden.

Aber nicht in gerader Richtung und nicht ohne große Störungen und willkürliche Eingriffe verläuft dieser Entwicklungsprozeß. Der Mensch hat nicht nur gelernt, zu seinem Heile die Naturgüter zu gewinnen und zu verwerten, die Naturkräfte zu beherrschen und sich dienstbar zu machen — er hat auch im Zusammenhange damit Produktionsweisen und auf deren Grundlage wirtschaftliche und soziale Ordnungen geschaffen, die mehr oder weniger dem Wesen der Arbeit und ihrer kulturellen Bedeutung widersprechen, weil sie nicht gerichtet sind auf die Erfüllung des Selbstzweckes der Arbeit, sondern darauf, die Arbeit einem einseitigen, egoistischen Ausbeutungs- und Herrschaftsinteresse unterzuordnen.

Dieses ist das Charakteristikum auch der Produktionsweise und der Wirtschaftsordnung unserer Zeit, und zwar in ganz hervorragendem Maße. Keine der vorhergegangenen Wirtschaftsepochen hat an solch rückwärtslos und ausgiebiger, dem Wohle der Gesamtheit und dem wahren Kulturbegriff widerstrebender Weise die Natur und die menschliche Arbeit egoistischer Ausbeutung zu unterwerfen vermocht, als die kapitalistische Wirtschaftsordnung es tut. Dem Kapitalismus kommen eben alle die großartigen Errungenschaften der Wissenschaft und der Technik zugute, welche frühere Zeiten nicht kannten. Er legt im Interesse privater Besitzherrschaft nicht nur Beschlag auf die Güter und Kräfte der Natur und auf die menschliche Arbeit, weit geht er hinaus über das natürliche Recht des Menschen, dieser Güter und Kräfte im Interesse seiner Wohlfahrt sich zu bedienen; er macht das Recht einer verwüstenden Raubwirtschaft geltend. Er kennt keine anderen Rücksichten gegen die Natur und die Menschen, als die, zu denen er gezwungen wird. Er verheert die Wälder, saugt rückwärtslos den Boden aus und verflüchtigt so die Mutter Erde, die klimatischen Verhältnisse, die natürlichen Existenzbedin-

gungen für Mensch und Tier. Er betreibt Raubbau im Schoß der Erde; er rottet nützliches Getreie aus, er zerstört unermessliche Werte; er verwüstet die Volkskraft. Dem Gesetz von der Vermehrung der Kräfte gibt er die Bedeutung der Vermehrung der Reichtümer in den Händen weniger; die Teilung der Arbeit ist ihm das Mittel, die Ausbeutung der Arbeitskraft möglichst zu steigern; das Gesetz der Sparsamkeit verkehrt er in das Gesetz des Herrschaftsinteresses grenzenloser Habgier, die der Vervollkommnung und Verbesserung der Arbeitenden widerstrebt.

Diesen Zustand finden wir überall da, wo der Kapitalismus herrscht. Seine Raubwirtschaft erstreckt er vornehmlich auf die Naturgüter, welche die wichtigsten Hilfsquellen der menschlichen Arbeit sind: auf Holz, Kohle, Eisen und andere Metalle zc. Es gibt nicht ein Land moderner Kultur oder ein Land, wohin kapitalistische Unternehmungen vorgedrungen, in welchem nicht mehr oder weniger schwer durch raubwirtschaftliche Abholzung der Wälder gesündigt worden wäre.

Ein geradezu drastisches Beispiel der Raubwirtschaft bieten die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Dort hat sie sich in so hochbedenklicher Weise entwickelt, daß kürzlich, wie wir berichtet haben, Präsident Roosevelt eine Konferenz aller Gouverneure der Unionsstaaten und Territorien einberief, der die Aufgabe gestellt war, über die Erhaltung der Hilfsquellen des Landes, über die Einschränkung und Verhinderung der Raubwirtschaft zu beraten und die Wege zu finden, an ihre Stelle eine vernünftige, geordnete Nationalwirtschaft zu setzen. Als die wirtschaftliche Entwicklung der Union in ihrem ersten Stadium sich befand — es ist seitdem kaum ein halbes Jahrhundert verstrichen —, war ein beispiellos bedeutender Grundstock an Wäldern vorhanden; heute sind nahezu zwei Drittel des Nutzholzes dahin. Einzelne Nutzbaumarten sind bereits ganz verschwunden; es ist berechnet worden, daß andere bei Fortdauer des jetzigen Verbrauchs in fünf Jahren für den Handel nicht mehr in Betracht kommen, noch andere in dreizehn Jahren nicht mehr existieren und die Bauhölzer nur noch etwa vierzig Jahre vorhalten werden. Der vorhandene Bauholzvorrat wird auf zwei Billionen Fuß geschätzt, der jährliche Verbrauch beträgt 40 000 Millionen. Während in Europa nur ein Verbrauch von 60 Fuß auf den Kopf der Bevölkerung kommt, beläuft er sich in den Vereinigten Staaten auf 500 Fuß. Es werden dreimal soviel Bäume vernichtet als da wachsen.

Diesem Unheil kann man allerdings begegnen; Wälder können durch Aufholzung und entsprechende Schonung wieder ersetzt werden. Was aber nicht wieder ersetzt werden kann, das ist Kohle, Eisen und sonstige Metalle, Petroleum usw. — alle die Schätze des Bodens, welche die hauptsächlichsten Träger der modernen Produktion und Kultur sind. Amerika hat ausgedehntere Kohlenfelder als irgend ein anderes Land. Ihre intensivere Ausbeute begann erst vor ungefähr 50 Jahren. Fassen wir den kürzeren Zeitraum vom Jahre 1887 bis jetzt ins Auge. Damals betrug die Kohlenausbeute in den Vereinigten Staaten 118 524 Millionen metrische Tonnen; bis zum Jahre 1907, also 20 Jahre später, hatte sie sich gesteigert auf über 420 000 Millionen. In dem einen Jahrzehnt von 1896 bis 1906 wurden mehr Kohlen verbraucht, als in den vorangegangenen 75 Jahren. Die Kohlenförderung wird so verschwenderisch betrieben, daß ebensovielen Kohlen verloren gehen wie zur Verwendung gelangen. Selbst wenn der Konsum nicht noch steigt, werden die Anthrazitkohlenfelder in 60 bis 70 Jahren vollständig erschöpft sein. Von dem Naturgas, woran große Gebiete der Vereinigten Staaten sehr reich sind, läßt man täglich 10 Milliarden Kubikfuß unbenuzt in die Luft entströmen, was einem täglichen Verlust von 160 000 Fässern Petroleum oder von 40 000 Tonnen Kohlen entspricht. Und doch würde durch einen verhältnismäßig geringen Aufwand von Arbeit und Geld dieser Verlust verhindert werden können.

Die Raubwirtschaft, der das Eisen unterworfen ist, wird in einigen Ziffern offenbart. In dem zwanzigjährigen Zeitraum von 1886 bis 1907 haben die Vereinigten Staaten ihre Rohisenproduktion von 5 $\frac{3}{4}$ auf über 26 Millionen metrische Tonnen jährlich gesteigert. Der größte Teil der letzteren Summe entfällt auf den amerikanischen Stahlruß, der im Jahre 1907 nicht weniger als 145 Werke umfaßte. Hält der Eisenverbrauch nur in demselben Maße wie bisher an, dann werden die besten Erzlager in 40 Jahren aufgebraucht sein. Ähnlich verhält es sich mit der Kupferausbeute; von 82 Millionen Tonnen im Jahre 1887 ist sie auf 397 Millionen Tonnen im Jahre 1907 gestiegen.

Noch viel schlimmer ist der von den Farmern nach kapitalistischer Tendenz betriebene landwirtschaftliche Raubbau. Ins Ungeheure ist in den

Vereinigten Staaten die Getreide- und Baumwollproduktion gesteigert worden. Die Ackerbaufläche für Weizen betrug im Jahre 1849 erst 8 Millionen acres, im Jahre 1906 hingegen etwa 50 Millionen acres. Eine ähnliche Entwicklung hat der Anbau anderer Getreidearten und der Baumwolle gemacht. Diese Entwicklung müßte als ein Segen erachtet werden, wenn sie nicht durch schlechte, raubbaumäßige Bewirtschaftung des Bodens zustande gekommen wäre. Der Boden ist so rücksichtslos, so unheimlich ausgezogen worden, daß in den verschiedensten Staaten der Union unzählige Farmen einfach als nicht mehr rentabel und sonach wertlos von ihren Besitzern verlassen worden sind. In verhältnismäßig kurzer Zeit sind riesige Flächen eines Bodens, der noch vor einem Jahrhundert zum großen Teil noch vor wenigen Jahrzehnten jungfräulich war, völlig erschöpft worden. Dahin hat es die dem kapitalistischen Wirtschaftssystem eigene Tendenz, sich rücksichtslos möglichst schnell zu bereichern, gebracht. Darin begreift sich nicht nur eine schwere Schädigung der amerikanischen Nation, sondern auch der ganzen Weltwirtschaft.

Die Vereinigten Staaten haben mit ihrer Raubwirtschaft ein warnendes Beispiel gegeben. Ob es dort gelingen wird, unter der Herrschaft des Kapitalismus diesem System Einhalt zu tun und es zu überwinden, erscheint uns sehr fraglich. Ohne Zweifel ist dem Sozialismus die große Aufgabe vorbehalten, ihm ein Ende zu machen, und zwar nicht nur in Amerika, sondern in der ganzen Kulturwelt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Schatzsekretär Sydow über die Reichsfinanzreform.

Am leitender Stelle kündigt die „Nordd. Allg. Ztg.“ einen Artikel des Herrn Sydow an, der am 25. Septbr. in der „Deutschen Rundschau“ veröffentlicht wird und der die Reichsfinanzreform zum Gegenstand eingehender Erörterungen macht. — Wenn das Bülow = offiziöse Blatt meint, damit sei schlagend widerlegt, daß man an leitender Stelle Geheimniskrämer treibe, so ist zu bemerken, daß auch die Auszüge, die von der „Nordd. Allg. Ztg.“ aus deren Artikel schon jetzt gegeben werden können, durchaus noch keine Klarheit schaffen. Anscheinend soll das deutsche Volk vorsichtig und schonend auf den Raubbau vorbereitet werden, der auf seine Taschen geplant ist. In Wirklichkeit löst dieses Hinanzzerren auf eine Ueberumpelung der Steuerzahler hinaus. Mit diesem plumpen Kniff wird man den notwendigen Protest weder aufhalten noch abschwächen können. In der Finanzlage des Reiches selbst meint Sydow:

So kann es und darf es nicht fortgehen. Diese Überzeugung hat sich nachgerade in allen politischen Parteien ohne Ausnahme durchgesetzt, sie ist im Begriff, durch die in diesem Punkte übereinstimmende Erörterungen der gesamten Presse zum Gemeingut des deutschen Volkes zu werden.

Der Minister stellt sodann fest, daß für die nächsten fünf Jahre mit einem Mehrbedarf von 2 000 bis 2 250 Millionen Mark gerechnet werden muß, sodaß pro Jahr 500 Millionen Mark neue Steuern nötig sind. Damit steht also fest, daß die Finanzreform eine Mehrbelastung des deutschen Volkes um mindestens 500 Millionen Mk. pro Jahr bringen wird. Dieser Mehrbedarf setzt sich zusammen aus den vorhandenen Fehlbeiträgen, aus den Neuanforderungen der Sozialpolitik durch Witwen- und Waisenversicherung, der Erhöhung der Beamtengehälter, den notwendig werdenden Zuschüssen für den Reichsinvalidenfonds, den erhöhten Summen für die Schuldentilgung und für die Ablösung der gestumdeten Matrikularbeiträge, den Ausfällen bei der Abhebung der Zucker- und Beseitigung der Fahrkartensteuer. Die Einführung direkter Steuern wird abgelehnt, weil diese Steuerart den Einzelstaaten und den Gemeinden überlassen bleiben müsse.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Verbrauchsbesteuerung durch das Reich. Ohne Besteuerung des Massenkonsums, die in Deutschland bis jetzt weit weniger entwickelt ist, als in anderen großen Staaten, läßt sich der Fehlbetrag nicht decken. Braumwein, Bier und Tabak sind schon um deswillen besonders geeignete Steuerobjekte, weil sie reine Genussmittel sind und daher die Unterwerfung unter die Steuern seitens der Konsumenten in gewisser Weise den Charakter der Freiwilligkeit trägt. Es muß nur dafür gesorgt werden, daß die Steuer auch wirklich auf die Massen übergehen kann und nicht im wesentlichen auf dem Gewerbe hängen bleibt, damit nicht blühende Industrien ruiniert werden. Ob noch Steuern auf andere Gegenstände des allgemeinen Gebrauchs zur Aufbringung der erforderlichen Mittel herangezogen werden sollen, bleibt mit Rücksicht auf die noch nicht abgeschlossenen Vorarbeiten

und schwebenden Verhandlungen unerört. Daß sich darunter eine Steuer auf Schaum- und stille Weine in Flaschen befindet, wird angedeutet. In eingehender Auseinandersetzung mit den Gegenargumenten betont der Minister „seine feste Überzeugung“, daß eine Finanzreform lediglich auf Verbrauchsteuern ein Ding der Unmöglichkeit ist, und daß die Hinzufügung der allgemeinen Nachlasssteuer eine *conditio sine qua non* für das Zustandekommen der Reichsfinanzreform bildet.

Die Matrikularbeiträge sollen auf mehrere Jahre über 40 Pfennig pro Kopf hinaus fixiert werden.

Auf diese Weise käme das Quotierungsrecht des Reichstages, und zwar bei einer den Besitz belastenden Auflage, zur Geltung, und die Bundesstaaten wären für eine Reihe von Jahren gegen Überraschungen von Seiten des Reiches gesichert. Eine derartige Ordnung hätte noch eine sehr wichtige Folge, sie würde die Stellung des Reichsschatzsekretärs bei der Aufstellung des Reichshaushaltsetats außerordentlich stärken. Solange die Verweigerung von Ausgaben des Reiches auf die Matrikularbeiträge nicht begrenzt ist, fehlt dem Schatzsekretär gegenüber den Anmeldeungen der Ressorts der wirksamste, weil allein überzeugende Einwand: *non habeo pecuniam*, es ist kein Geld da für da. Sind dagegen die Matrikularbeiträge periodenweise gebunden, so steht ihm ein Argument zur Seite, dessen zwingender Logik sich kein Ressort entziehen kann.

Als ob sich etwa durch ein solches Argument der Kriegsminister oder der Staatssekretär der Marine abhalten ließe, Forderungen zu stellen! Sie handeln ja meist auf höheren Befehl; kann der Schatzsekretär die Mittel nicht schaffen, dann legt eben die Pumpwirtschaft wieder ein. Soviel steht aber fest, den Löwenanteil der neuen Steuern wird man auf die Schultern der breiten Massen legen. Unter diesen Umständen hat es in der Tat gar keinen Sinn mehr, mit der Veröffentlichung der einzelnen Vorlagen noch länger zu zögern.

Fürst Eulenburg in Freiheit.

Das Landgericht Berlin I hat den Haftbefehl gegen den Fürsten Eulenburg aufgehoben, weil der Fürst nach dem Gutachten der Ärzte nicht verhandlungsfähig ist, in absehbarer Zeit auch nicht verhandlungsfähig sein wird, und weil eine weitere Haftdauer lebensverkürzend wirken würde. Fürst Eulenburg wird in den nächsten Tagen nach seinem Schloß Liebenberg übersiedeln, um dort seinen Lebensabend zu beschließen. — Eulenburg hat bekanntlich das Glück, „hochgeboren“ zu sein. Auf einen armen Teufel, der wie er unter dem schweren Verdacht des Weineides stünde, würde man schwerlich so viel Rücksicht genommen haben. Trotzdem sind natürlich alle Preußen vor dem Gesetz „gleich“!

Die Kagsbalgerei zwischen den Hohenzollern und den Lippe-Biesfeldern hört nicht auf.

Die bürgerliche Presse ist gegenwärtig wieder einmal im vollen Aufruhr über einen angeblichen Zusammenstoß zwischen dem Kaiser und dem Bruder des regierenden Fürsten von Lippe. Die Lippeische „Landeszeitung“ hat, erobert über Zurückziehung des Lippeischen Fürstentums, geschrieben und mitgeteilt, daß der Bruder des Fürsten, der als Rittmeister in einem Kavallerie-Regiment dient, seinen Abschied genommen habe. Die Berliner offiziöse Presse bemüht sich nun nach Kräften, den Lipper als unverträglichen Menschen hinzustellen und den Kaiser zu verteidigen. Der ganze Streik hat keinerlei politische Bedeutung, er kennzeichnet nur das Maß persönlicher Einflüsse, die in öffentliche Vorgänge hineinspielen.

Die „kommandierenden Generale“.

Prinz Heinrich von Preußen hat anlässlich seiner amerikanischen Reise den Journalisten Amerikas gesagt, daß er sie als kommandierende Generale betrachte. Wie der Prinz das gemeint hat, sei dahingestellt, jedenfalls haben es die bürgerlichen Journalisten Amerikas ernst genommen. Nun tagen diese „kommandierenden Generale“ aus aller Herren Länder in Berlin. Die Pforten des Reichstages haben sich ihnen geöffnet, die Minister und Staatssekretäre sind aufmerksam, an ihrer Spitze der Staatssekretär des Auswärtigen, Herr v. Schön, der die Ehrentitel in der Sprache der Diplomaten begründete. Großer Jubel unter dem Volke der Feder! Neben wirklich ernst zu nehmenden Leuten machte sich der Berliner Schmock recht unangenehm bemerkbar, er, der dazu erzogen ist, stundenlang in allen möglichen Vorzimmern geduldig zu warten, ob nicht auch für ihn ein Wort mit abfällt, das er geschäftig weiterverbreiten darf. In keinem zivilisierten Land spielt die bürgerliche Presse eine so schäbige Rolle, wie in Deutschland, in keinem Lande, etwa von Rußland abgesehen, legt man der Presse solche Dummfragen an, als wie in unserem Junkerstaat. Die ganze Veranstaltung ist auch den preussisch-deutschen Verhältnissen trefflich angepaßt. Kaufleute, Empfänger, phrasengepöckelte Reden, Festessen und Kneipereien, Freifahrt auf den privaten Verkehrseinrichtungen Berlins — so nassauern sich die „kommandierenden Generale“ durch. Wer von einem solchen Kongress praktische Resultate erwartet, muß einer schweren Enttäuschung gewärtig sein. Die bürgerliche Presse aller kapitalistischen Staaten steht im Dienste bestimmter Interessengruppen und diese Presse muß unglücklich darauf bedacht sein, die Interessen ihrer Auftraggeber nicht zu verletzen. Deshalb kann solchen Zusammenkünften ein besonderer Wert nicht beigemessen werden. An dieser, unserer Überzeugung, werden all die salinanten Reden nichts ändern können, die in diesen Tagen von diversen Leuten in der Pose des „kommandierenden Generals“ gehalten werden.

Die Angst vor der Nachlasssteuer.

Die Ausdehnung der Erbschaftsteuer wird in der Hauptsache in einer Nachlasssteuer bestehen, die jeden Haupterben in einer bestimmten Höhe an treffen soll. In diesem Zweck ist es natürlich notwendig, daß das Gericht bei jedem Todesfall die Höhe des Nachlasses feststellt. Die „Köln. Volkszeitung“ findet, daß dies in vielen Fällen recht unangenehm empfunden werden wird, weil sich die Steuerdeklarationen nicht immer mit den Vermögensverhältnissen decken, d. h. weil bei Feststellung des Nachlasses auch gleich festgestellt werden kann, ob und wieviel der Erblasser dem Staat an Steuern hinterzogen hat. Natürlich müssen diese Steuern dann inkl. Strafe nachbezahlt werden und das kann dem Steuerfiskus nur angenehm sein. Es ist zu verstehen, daß die besitzende Klasse einem solchen Gesetz mit banger Sorge entgegensteht.

Reichsverhandlungsmanier.

Die liberale „Augsburger Abendzeitung“ leistet sich in ihrer Nummer vom 19. September in einer Wahlbeurteilung über die Ludwigshafener Wahl eine Verleumdung der Sozialdemokratie und deren neugewählten Abgeordneten, Genossen Binder, die wohl bald dem Schatz des Reichverbandes einverleibt werden wird. In dem Artikel heißt es:

„Das Amt des ersten Adjunkten (das Binder bekleidet hat) war wohl früher unter der bürgerlichen Verwaltung ein Ehrenamt, seitdem jedoch die Sozialdemokratie dieses Ehrenamtes habhaft geworden ist, hat man die Stelle so gut dotiert, daß der Inhaber das Brotbacken einem anderen überlassen kann. Die wirtschaftliche Macht, welche die Sozialdemokraten auf dem Stadthause auszuüben vermögen, sichert ihr in unserer Stadt eine große Menge Mit- und Nachläufer.“

Nach bekannten Mustern beschuldigt man hier die Sozialdemokratie, daß sie ihren Einfluß auf dem Rathhause dazu benützt hat, um einem der Ihrigen eine auskömmliche Brotstelle zu verschaffen. Diese Behauptung ist eine niederträchtige Reichsverbandslüge! In Wirklichkeit ist der Sachverhalt folgender: Bis zum Jahre 1901 wurde der Posten des ersten Adjunkten (soviel wie stellvertretender Bürgermeister) ehrenamtlich versehen; durch die im Laufe der Zeit sich mehrende Arbeitsleistung des Adjunkten beschloß der damalige Stadtrat, dem 8 Sozialdemokraten angehörten, bestimmte Dienststunden für dieses Amt festzulegen, und in das Budget ein Bureauversum von 2400 Mark einzusetzen. Für den Antrag traten nicht allein die Sozialdemokraten, sondern auch die Liberalen und das Zentrum in ihrer Mehrheit ein. Damals verjah aber nicht Genosse Binder, sondern ein Angehöriger der bürgerlichen Parteien — namens Gangler — den Posten eines Adjunkten. Erst vier Jahre später — 1905 — wurde Binder zum Adjunkten gewählt. Es ist also eine elende Lüge, wenn behauptet wird, daß erst von dem Momente, wo der Posten durch einen Sozialdemokraten besetzt wurde, die Stelle eine Dotation erfuhr. Tatsächlich hat die Sozialdemokratie im Jahre 1901 noch garnicht an die Besetzung des Adjunktenpostens durch einen der Ihrigen gedacht. Die im Jahre 1908 erfolgte Erhöhung des Bureauversums von 2400 auf 3200 Mark geschah auf Antrag des der liberalen Partei angehörenden Oberbürgermeisters Krafft. Ebenso erlogen ist der verfertete Vorwurf des Mißbrauchs der wirtschaftlichen Macht, die die Sozialdemokratie auf dem Rathhause auszuüben vermag. Wer nach wirtschaftlichen Vorteilen strebt, der muß sich von der Sozialdemokratie abwenden, was tatsächlich auch schon oft geschehen ist, in einem Falle sogar bei einem Manne, der in Ludwigshafen heute bei den Liberalen eine Rolle spielt.

Block-Religion.

Professor Dr. Hieber, unter dessen Führung das Vereinsgesetz so kräftig verhunzt wurde, hat auf der Tagung der württembergischen Landesversammlung des Evangelischen Bundes die Einberufung eines interkonfessionellen Friedenskongresses angeregt. Damit käme man einem längst gefühlten Bedürfnis entgegen. Ein Blockade, das das Glaubensbekenntnis an Sankt Bülow enthält, das ist es, was den Blockbrüdern noch fehlt.

Nach berühmten Mustern.

Der neue Statthalter von Elsaß-Lothringen Graf Wedel will seinem kaiserlichen Herrn eine Freude machen und predigt gegen die sozialdemokratischen Irrlehren. Bei der Hundertjahrfeier der Schlumbergschen Fabrik in Gebweiler hielt er eine Ansprache an die Arbeiter, wobei er sagte:

Ihr, Veteranen der Arbeit, seid lebendige Beispiele der Treue, die Ihr Eurem Arbeitgeber gehalten, und für die Ihr immer seine Treue eingetauscht habt. Haltet fest an diesem Grundsatz. Es sind Irrlehren, die die Interessen der Arbeitgeber und der Arbeiter in Gegensatz stellen. Das Wohl des einen bedingt das Wohl des anderen, geht es dem einen schlecht, dann kann der andere nicht gedeihen. In diesem Sinne wirkt auf Euch jüngeren Kameraden ein, und eine solche Einwirkung wird für alle Teile zu Nutz und Frommen sein.“

Daß die Arbeiter besser wissen, was sie zu tun und zu lassen haben, bewiesen die letzten Gemeindevahlen in Gebweiler, die trotz der allgemeinen Hege gegen die Sozialdemokratie ausnehmend gut für unsere Partei ausgefallen sind. Der gräßliche Fuchs soll seine Taubenpredigten aufhören, er sollte an seinen Vorbildern erfahren haben, daß sich die Arbeiter mit solchen Redensarten nicht einzulassen lassen.

Staatsangehörigkeits-Gesetz.

Zu dieser Materie, die nun endlich gesetzlich geregelt werden soll, sagt eine offiziöse Note, es werde darin die jetzt bestehende Forderung fallen gelassen, daß Deutsche im Auslande sich nur durch die Eintragung in die Matrikel des Konsulats ihre Reichsangehörigkeit bewahren können. Auf der anderen Seite werde namentlich für die zweite und spätere Generation der Auswanderer die Bewahrung der Nationalität davon abhängig gemacht werden, „daß sie in deutlicher Weise kundtun, daß sie auch wirklich Deutsche sein und sich als solche fühlen und betätigen wollen.“

Was heißt das, „sich als Deutsche fühlen und betätigen?“ Sollte auch hier wieder eine Ausnahmemaßregel politischer Natur geplant sein?

Stichwahl im zweiten braunschweigischen Reichstagswahlkreis.

Bei der gestrigen Reichstagsstichwahl im zweiten braunschweigischen Wahlkreis Wolfenbüttel-Helmstedt wurden nach den bisher eingegangenen Meldungen abgegeben: Für Kluge (Ver. nat. Parteien) 15427 Stimmen, Rieke (SD.) 8894 Stimmen. Kluges Wahl erscheint somit gesichert.

Die „Post“ predigt die Rechtsbengung.

Die Breslauer Polizei ist mit ihrem Kampf gegen die Arbeiterbewegung so ganz nach dem Geschmack der scharfmacherischen „Post“. Das Organ des Reichsverbandes v. Liebert ist deshalb in hohem Grade darüber erbittert, daß die Breslauer Richter nicht auch die Wege der dortigen Polizei wandeln wollen, sondern streng das Ge-

setz beachtend, die mit polizeilichen Strafbefehlen bedachte, jugendlichen Arbeiter von einer Übertretung des Vereinsgesetzes freigesprochen haben. Wutschraubend schimpft die „Post“:

„Es ist deshalb eigentlich unverständlich, wie das Gericht, welches über die Rechtmäßigkeit der polizeilichen Strafmandate entscheiden mußte, zu einem Freispruch kommen konnte. Es wurde nämlich erkannt, daß, wenn auch einmal ein Redner das politische Gebiet gestreift habe, daraus doch noch nicht hervorgehe, daß der Verein Politik treiben wolle. Solche Erwägungen sind wohl angebracht bei wirklich harmlosen Bildungsvereinen, bei Jugendorganisationen, deren Vorstandsmitglieder notorisch Sozialdemokraten sind, und über deren politische Tendenzen und Schliche die Polizei sich durchaus im klaren ist, sind solche Erwägungen dem doch ganz und garnicht angebracht. Denn die freigesprochenen Genossen werden sich ins Häuschen lachen und weiter durch die Maschen des Vereinsgesetzes schlüpfen. Die Polizei aber, die in diesem Falle pflichtgemäß gehandelt hat, wird schließlich, wenn sie ihre Bemühungen so erfolglos verlaufen sieht, die Lust verlieren, überall da einzugreifen, wo ihrer Überzeugung nach eine Verletzung des Vereinsgesetzes vorliegt.“

„Macht geht vor Recht“, hat der Patron der „Post“ v. Liebert auf der vorjährigen Generalversammlung des Ostmarkenvereins erklärt und diesen brutalen Grundgedanken predigt die „Post“ auch den Breslauer Richtern. Der Richter soll aber entscheiden ohne Ansehen der Person und unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, enthält die Ausführung der „Post“ eine Aufforderung zur Rechtsbengung gegenüber Sozialdemokraten. Rechtsbengung ist nach dem Strafgesetz ein Verbrechen, das mit Zuchthaus bestraft wird und zu diesem Verbrechen hat das staatsbehaltende Reichsverbandsorgan, die „Post“, angereizt.

Aufhebung der Fahrkartensteuer?

Der heftigste Regierungsrat Noack hat in seiner Eigenschaft als Mitglied des Eisenbahnrats mitgeteilt, daß mit der Finanzreform eine Beseitigung der Fahrkartensteuer verbunden sei.

Der freigesprochene Held.

Vor der Strafkammer des Landgerichts Hannover wurde gestern gegen den Reichstagsabgeordneten Held wegen Betrugsversuchs und Erpressung verhandelt. Die Anklage wurde erhoben auf Grund des Ergebnisses einer Verleumdungsklage, die Held im vorigen Jahre wegen der Angriffe, die im Wahlkampf gegen ihn gerichtet wurden, angestrengt hatte. Von der Anklage, daß Held im Geschäftsverkehr mit der Firma Terkinder betrügerische Manipulationen vorgenommen habe, erfolgte Freisprechung, weil die Sache verjährt ist. Das Gericht erklärte sich nicht in der Lage, in die vom Justizrat Sello als Verteidiger im Interesse des Angeklagten geforderte Beweisaufnahme einzutreten. Die Erpressung sollte Held dadurch begangen haben, daß er durch Drohungen gegen die Kaufleute Flemming und Pommer unberechtigterweise Regressansprüche erhoben habe. Auch in diesem Falle erfolgte Freisprechung, weil das Gericht annahm, daß der Anspruch gegen Flemming in gutem Glauben und mit voller Berechtigung erhoben und daß im Falle Pommer ein solcher Anspruch überhaupt nicht geltend gemacht sei.

Österreich-Ungarn.

Nationale Kämpfe in Österreich. In Laibach kam es infolge einer Demonstration der Deutschen zu Gegenkundgebungen der Slowenen. Jetzt stellt sich heraus, daß diese nationalen Kämpfe mehrere Todesopfer gefordert haben. Das deutsche Kasino wurde von Militär umgeben, um es gegen die Slowenen zu schützen. Als die Menge nun die Reihen des Militärs zu durchbrechen versuchte, ließ der kommandierende Offizier eine Salve abfeuern. Die Wirkung war schrecklich. Zwei Personen waren sofort tot, zwei schwer und drei leichter verwundet. Unter den Schwerverwundeten befindet sich eine Frau, die im Spital ihren Verletzungen erliegen ist. Außerdem wurden zwei Personen durch Säbelhiebe verletzt. Nach einer amtlichen Darstellung haben sich die Laibacher Szenen folgendermaßen abgespielt: Eine halbe Kompanie des 27. Infanterieregiments sperrte die Gasse ab, die vom Marienplatz zum deutschen Kasino führt. Vor ihr lärmte, piffte und drohte eine größere Menge. Der Führer verhielt sich zunächst abwartend. Als er die Nachricht von der Mißhandlung eines in der Nähe stehenden Schutzmannes erhielt, ließ er vorrücken und trieb die Menge zurück. Darauf nahm er wieder die alte Stellung ein. Die Menge drang jedoch wieder vor und eröffnete ein hagelreiches Steinwürfen auf das Militär. Darauf erging neuerdings der Befehl zum Vorrücken. Die Angreifer wurden über die Franzensbrücke aufs jenseitige Laibacherufer gedrängt. Dort empfing eine große Volksmenge die Militärabteilung mit einem Steinhagel, und ein Mann aus dem Volke bedrohte den Führer der halben Kompanie mit einem Revolver. Nun befahl dieser Feuer; die Salve tötete eine Person sofort und verwundete eine andere so schwer, daß sie auf dem Transport starb. Die Nachricht, daß auch eine Dragonerpatrouille gefeuert habe, ist bisher unbestätigt geblieben. Die Regierung traf bis jetzt keine besonderen Maßnahmen, da die Laibacher Garnison genügend stark ist, um auch einer größeren Bewegung Herr zu werden. Der Ausnahme-Zustand ist nur für den Fall der Wiederholung der Unruhen in erheblichem Maße zu erwarten. Auf die Nachricht von den Vorgängen in Laibach veranstalteten die Deutschen in Cilli und Marburg Krauswalle gegen die Slowenen. In Cilli warfen die Deutschen die Fenster im Rathause, in der slowenischen Schule, im slowenischen Gymnasium und im Gebäude der Schulschwester ein und rissen mehrere slowenische Geschäftshäuser herab. Das Militär sperrte dann die Zugänge zum Narodni-Dom ab, worauf bis auf kleinere Zusammenstöße Ruhe eintrat. In Marburg zertrümmerten Deutsche auch Fenster des bischöflichen Palais, des Domkapitels und des Pfarrhofs. Hier wurde die Polizei allein überall der Bewegung Herr.

Rußland.

Die Cholera. Aus Petersburg, 23. September, wird gemeldet: Heute sind 417 Neuerkrankungen und 176 Todesfälle an der Cholera zu verzeichnen. Die Zahl der Choleraerkrankten beträgt jetzt 1561. Die meisten Leichen werden auf dem Preobraschenski-Friedhof beigesetzt, ganze Waggonladungen gehen täglich dorthin ab. Über 100 Särge stehen in den Räumen des Friedhofsgebäudes und warten der Beerdigung, die oft erst nach Tagen erfolgen kann, da es an Totengräbern mangelte. Alle Totengräber sind total erschöpft, da sie Tag und Nacht arbeiten müssen; andere wollten aus Furcht vor Ansteckung nicht arbeiten. Heute meldeten sich 40 Arbeitslose als Totengräber gegen hohe Bezahlung. Die Särge werden von der Polizei in schauerhaftem Zustande geliefert; bei manchen schließen die Deckel nicht, andere haben große Fugen, so daß der Leichnam sichtbar ist.

Schweden.

Neue Siege der Sozialdemokratie. Am Freitag wählte Göteborg, die zweitgrößte Stadt des Landes, ihre neun Abgeordneten zur Zweiten Kammer. Unsere Genossen hatten mit den entschiedenen Liberalen eine gemeinsame Liste aufgestellt, die allerdings nur zwei sozialdemokratische Kandidaten enthielt, und zwar den bisherigen Abgeordneten Lindblad, Redakteur der "Ny Tid", und den Volksschullehrer Kristensson. Diese Liste siegte, so daß unsere Partei nicht nur ihr altes Mandat behauptet, sondern auch ein neues erobert hat. Ein weiteres Mandat eroberten unsere Genossen in Landskrona, wo ebenfalls ein sozialdemokratischer Volksschullehrer, Genosse Walden, gewählt wurde und zwar an Stelle eines konservativen Kandidaten, der den Kreis bisher vertrat. Damit sind bis jetzt 20 Sozialdemokraten gewählt, unter ihnen 10 wiedergewählte und 10 neu gewählte. Von den neuen Mandaten haben unsere Genossen 5 den Konservativen abgenommen, 4 den Liberalen und eines in einem neugebildeten Wahlkreis erobert. Die liberale Zeitung "Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning" rechnet damit, daß die neue zweite Kammer sich aus 78 Konservativen, 12 Gemäßigten, 108 Liberalen und 32 Sozialdemokraten zusammensetzen wird. Vielleicht wird die Zahl der Sozialdemokraten noch etwas größer werden, denn in den Kreisen, die noch zur Wahl stehen, hatten unsere Genossen bisher schon 7 Abgeordnete.

Spanien.

Salmeron gestorben. Der frühere spanische Minister Salmeron ist in Bordeaux gestorben. Salmeron war der Führer der spanischen Republikaner. Im Jahre 1873 war er während der Republik Justizminister, eine kurze Zeitlang auch Ministerpräsident.

Persien.

Das schlechte Beispiel. Der Schah von Persien teilte offiziell der russischen Regierung mit, er werde das Wahlgesetz durch ein Edikt erneuern und die Medschlos, gemäß des Verlangens der englisch-russischen Note einberufen und in allem dem Zaren nachahmen.

Vereinigte Staaten.

Aus den Geheimnissen des kapitalistischen Parlamentarismus. Der amerikanische Demagoge Hearst, der gern eine politische Rolle spielen möchte, hat durch die Rücksichtslosigkeit, womit er gegen andere Politiker, die ihm im Wege stehen, vorgeht, der Öffentlichkeit schon manchen Dienst erwiesen. Wenn nun der Mann auch für seine Person nicht die geringste Achtung verdient, so sind seine Mitteilungen in der Regel von Wert, da er sich durch sein Geld jede Quelle erschließen kann. Jetzt enthüllt Hearst die Heerenküche des Parlamentarismus. Er veröffentlicht in seinen Blättern sensationelle Briefe des Struvs an Senator Foraker. Sie enthalten Anweisungen zur Bekämpfung der trußfeindlichen Gesetze unter gleichzeitiger Überweisung größerer Summen. Foraker behauptet, diese seien die Bezahlung für Advokatendienste. Die Briefe zeigen das Gegenteil. Hearst führt aus: Der Kongressmann Sibley besuchte im Auftrage des Struvs den Präsidenten Roosevelt, der ihn abwies. Hearst behauptet, der Struvs habe deshalb für Bryan 1 300 000 Dollars gezahlt durch den Gouverneur Haskell von Oklahoma, den Vermittler des Struvs für politische Korruption. Senator Foraker wird infolge der Beziehungen zum Struvs vom öffentlichen Leben zurücktreten müssen. Inzwischen hat Hearst abermals neue Beschuldigungen gegen Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften erhoben.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 23. September.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über nachfolgende Bauten, ausgeführt von der Firma Görner u. Heidenreich, die Sperre verhängt: Fünfhausen, Grünmühle, Hafentstraße, Siebhaus, Marienhof bei Schwartau. Als Akkordanten fungieren F. Mädel, Krempelsdorfer Chauffee und Jabs, Weberstraße.

Achtung Bauarbeiter! Über die Siebhausarbeiten in der Marktstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinhaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten F. Mädel und F. Jabs im Fünfhausen und über den Bau Hafentstraße (Grünmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

Die Bürgererschaft trat am Montag abend zu einer Versammlung zusammen, von der man von vornherein wußte, daß sie ihre Tagesordnung nicht aufarbeiten würde. Wichtige Anträge wie die Aufhebung der Freischulen, Bau einer Brücke über den unteren Hafen usw. können heutzutage nicht mehr mit wenigen nebensächlichen Redewendungen abgetan werden, wie das vielleicht in der sog. guten alten Zeit möglich war. Die Sitzung begann mit der Wahl von Mitgliedern verschiedener Kommissionen. Während man in Hamburg und anderen Städten in bürgerlichen Kreisen immerhin noch ein gewisses Gerechtigkeitsgefühl besitzt, in die verschiedenen Kommissionen mindestens einen Sozialdemokraten zu wählen, sucht man das in Lübeck möglichst zu vermeiden. Man möchte am liebsten ganz unter sich sein. Daß in die Kommission zur Prüfung des Antrages auf Einführung der zweiten Lesung der Genosse Th. Schwarz delegiert wurde ist ein seltener Zufall.

Bei der Beratung des Gesetzes betreffend den Staatshaushalt benutzte Professor Baethcke die Gelegenheit, vor der Erhöhung der Einkommensteuer zu warnen, weil dadurch die reichen Leute, die sich eventuell in Lübeck ansiedeln wollen, vor den Kopf gestoßen werden könnten. Die Scheu vor dem Steuerzahlen scheint demnach gerade in wohlhabenden Kreisen besonders groß zu sein. Das ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß diese Leute es im Reiche verstanden haben, die Lasten, welche durch ihre volkshenndliche Politik entstehen, den ärmeren Schichten der Bevölkerung in Form von indirekten Steuern aufzuhalsen. Uns können die Befürchtungen des Herrn Professors natürlich nicht im mindesten hindern, für eine höhere Besteuerung der größeren Einkommen einzutreten. Wir halten es eben für gerecht, daß die Leistungsfähigen Schultern belastet werden, auch wenn das den Betroffenen nicht angenehm sein sollte. Mit Professor Baethcke sind wir der Ansicht, daß das gegenwärtige System der Nachbemilligungen ein unhaltbares ist.

Belastungen wurde seitens der Bürgererschaft, den Senat um Einführung der Grund- und Gebäudesteuer nach dem gemeinen Wert anstatt nach dem Nutzungswert zu erforschen. Die aufgetauchte Befürchtung, daß die Gärtner dadurch besonders getroffen würden, zerstreute Hauptlehrer Schulmerich, Stender und Peters bemühten sich nach Kräften, die Interessen der Grundbesitzer zu vertreten; allerdings mit negativem Erfolg.

Eine lange Aussprache führte der Senatsantrag auf Nachbemilligung von 7508,16 Mk. auf die Ausgaben der Friedhofsbehörde herbei. Gen. Wissel lieferte den Nachweis, daß die Behörde ganz eigenmächtig unter Ausschaltung der Bürgererschaft Geld, das sie eingenommen hatte, für nicht bewilligte Ausgaben verwendet hatte. Dieses Verfahren, das vom Senatstische in wenig durchschlagender Weise zu rechtfertigen versucht wurde, fand überall Mißbilligung. Von freisinniger Seite wurde sich nach dem Stande des Krematoriumsbauwerks erkundigt. Nach der Auskunft vom Senatstische scheint es damit noch lange Wege zu haben.

Die Beratung des Antrages auf Aufhebung der Freischulen konnte nicht zu Ende geführt werden, da den verehrlichen erstklassigen Bürgerchaftsmitgliedern jedenfalls eine andere Sitzung noch in den Gliedern lag. Vorläufig kamen in der Hauptsache nur Redner zum Wort, die sich gegen den Senatsantrag aussprachen. Nur Prof. Baethcke, der in der Theorie alles unentgeltlich, in der Praxis jedoch alles möglichst fiskalisch gestalten will, fand Gefallen an dem Vorgehen des Senates, der aus der Volksschule eine Finanzquelle machen will. Für den Fernstehenden muß es unfähig komisch erscheinen, daß jemand für die Unentgeltlichkeit aller Schulen ist und zugleich für Beseitigung der Freischulen eintritt. Wenn man sich erinnert, daß Professor Baethcke sich für freisinnig hält, wundert man sich über nichts mehr. Die Herren Polizeinspektor Lippert und Oberlehrer G. E. rmann traten für die Unentgeltlichkeit der Volksschulen ein; Ergenoffe Oldenburg desgleichen, nur will er eine Schulsteuer erhoben wissen. In der nächsten Sitzung wird unsere Fraktion zum Wort kommen.

Bereits um 9 1/4 Uhr verließen die Vertreter des erstklassigen Bürgertums in dichten Scharen den Saal, jedoch der Wortführer sich gezwungen sah, die Sitzung zu vertagen.

Zur Maifeierfrage. In unserem gestrigen Artikel über die Maifeierfrage ist uns infolge der ungenauen Berichterstattung ein kleiner Irrtum unterlaufen. Es wird dort gesagt, der Parteitag habe beschlossen, daß alle Parteigenossen, welche am 1. Mai arbeiten, den Lohn für diesen Tag abgeben sollten. Das ist nicht zutreffend. Der angenommene Antrag lautet: Die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, sind verpflichtet, an die Partei- und Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abzugeben. — Mit diesem Antrag kann man sich wohl einverstanden erklären. Selbstverständlich kommen unsere gestrigen Bemerkungen über die Durchführbarkeit des Beschlusses unter diesen Umständen in Wegfall.

Zum Professor ernannt hat der Senat den Hilfsbibliothekar der Stadtbibliothek, Herrn Dr. Sach. Dieser tüchtige und liebenswürdige Beamte war, trotzdem er bereits längere Jahre im Lübeckischen Staatsdienst angestellt war, bis Montag nicht einmal pensionsberechtigt.

Der letzte diesjährige Sonderzug nach Hamburg, zu dem Rückfahrzügen zum Preise von 3 Mk. für die dritte Klasse ausgegeben werden, wird am kommenden Sonntag morgen 8 46 Uhr vom hiesigen Hauptbahnhof abgefahren werden. Rückfahrt am Sonntag mit allen Personen- und zuchlagreifen Sitzgügen, bei Benutzung von Schnellzügen tarifmäßiger Zuschlag. Fahrtunterbrechung nur auf der Rückfahrt zulässig.

Aufgehobenes Konkursverfahren. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Schneidermeisters Georg Heinrich Christian Witt in Lübeck ist, nachdem die Schlussverteilung erfolgt ist, aufgehoben worden.

Der neue Taler. Mit der Ausgabe der neuen Dreimarckstücke, die den guten alten Taler ersetzen sollen, ist begonnen worden. Das neue Geldstück unterscheidet sich äußerlich nur wenig von dem Taler. Die Vorderseite zeigt das Reliefporträt des Kaisers mit der Umschrift: "Wilhelm II. Deutscher Kaiser König von Preußen" und das Münzzeichen A. Umhüllt der auf manchen alten Talern üblichen Umschrift "Vereinstaler" oder "Dreißig Pfund fein" stehen auf der Rückseite des neuen Dreimarckstückes um den Reichsadler die Worte "Deutsches Reich 1908 Drei Mark". In den Rand ist die Devise "Gott mit uns" eingepreßt. Man sieht, das Dreimarckstück ist der alte Taler in neuer Gestalt und dürfte wohl auch als Taler im Volksmunde fortleben.

Frei-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 22. Septbr., morg. 6 Uhr: Wasser 12°, Luft 9°; 10 Uhr: Wasser 13°, Luft 16°; mittags 12 Uhr: Wasser 14°, Luft 17°; abends 6 Uhr: Wasser 15°, Luft 16 Grad Celsius.

Sansatheater. Der Schwank "Sie will Einen" wird am Donnerstag zum letzten Male aufgeführt. Freitag bringt uns die Direktion wiederum eine Novität, betitelt "Ein dreieckiges Verhältnis". Die Posse "Das Mädchen mit der Bremse" gelangt nicht zur Ausführung.

K. F. Fürstentum Lübeck. Von der Landtagswahl. Wenn in der bürgerlichen Presse auf die geringe Wahlbeteiligung seitens der Sozialdemokratie hingewiesen wurde, so hat man es bisher jedoch stets unterlassen, auf die Ursachen dieser Erscheinung hinzuweisen. Und das ist begründet, denn sonst hätte man das schmutzige Vorgehen der Bürgerlichen annageln müssen. So ließ sich der Witschmasch besonders große Stimmzettel herstellen, auf welche wiederum die Namen der Kandidaten derartig gedruckt waren, daß man sie leicht von außen erkennen konnte. Ferner waren die Wahlstunden so angelegt, daß den meisten Arbeitern es nur unter großem Arbeitsverdienstverlust möglich war, zur Wahlurne zu erscheinen. Fälle, wo man Arbeiter zu weiter entfernten Arbeitsstellen schickte, waren auch keine Seltenheit. Natürlich war das alles Zufall. Vielleicht war es auch Zufall, daß man so viele Arbeiter nicht in die Wahlliste aufgenommen hatte? Fürwahr, der Witschmasch im Fürstentum Lübeck hat wenig Ursache, auf seinen Erfolg stolz zu sein. Es wird ein erbauliches Schauspiel sein, wenn

"liberale" Wahlmänner die agrarischen Protektoren und Wahrscheinlichkeitsfeinde von zyprien in den Sattel heben; ein Beweis dafür, wie liberale die Liberalismus im Fürstentum Lübeck ist. Wenn übrigens die Gegner von einem Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen sprechen, so lassen sie dabei außer acht, daß im Jahre 1906 die Sozialdemokratie und Nationalsozialen zusammengegangen sind, wodurch eine genaue Feststellung unserer Stimmen unmöglich wurde.

Schwartau. Die Parteigenossen werden das auf aufmerksam gemacht, daß am Donnerstag abend 8 Uhr im Gasthof Transvaal eine öffentliche Parteiverammlung stattfinden. Auf der Tagesordnung steht außer anderen wichtigen Angelegenheiten auch die Besprechung der Errichtung eines Wasserverses. Die Parteigenossen werden ersucht, zahlreich zu kommen.

Travemünde. Ein trauriger Unglücksfall hat sich hier, wie bürgerliche Blätter melden, am Montag nachmittag ereignet. Die Ehefrau eines hiesigen Briefträgers wollte aus dem auf dem Hofe belegenen Brunnen schöpfen, wobei sie wahrscheinlich vom Schwindel befallen, unbemerkt in den Brunnen stürzte. Als sie nicht wieder kam, sah sich der Vater des Briefträgers nach seiner Schwiegertochter um, den graufigen Tatbestand entdeckend. Er schickte sofort zu seinem Sohne, der sich in der Nähe auf dem Bestellgange befand; aber leider war die Abgestürzte nicht mehr zu retten; der Tod war bereits eingetreten.

Segeberg. Urnenfund. In der Umgegend, zwischen Groß-Gradebrügge und Herrenmühle und in Todesfelde, sind in der letzten Zeit bei Erdbarbeiten verschiedene Urnen freigelegt, die anscheinend der älteren Eisenzeit angehören. An Beigaben waren bronzene und silberne Schmuckgegenstände, sowie mehrere etwa 4 Zentimeter im Durchmesser haltende mehr oder minder sauber gearbeitete Ton- und Steinringe mit 8 Millimeter weiter Öffnung, zum Teil sind es Senksteine zum Verlesen der Fischernetze.

Hamburg. Das Ergebnis der Bürgerchafts-Ersgwahl im 62. Bezirk ist eine Stichwahl zwischen dem Kandidaten der Verein. Liberalen Koch und dem Genossen Lüth. Von insgesamt 1435 in die Listen eingetragenen Wählern haben 1263 ihr Stimmrecht ausgeübt, also 88 Prozent. Der Kandidat des Einheitsvereins von 1866 und des Vereins Hamburger Bürger zu Einheitsbüttel Heinr. W. A. Schmidt erhielt 270 Stimmen. Auf den Kandidaten der Vereinigten Liberalen Christian Koch fielen 599 Stimmen und auf den Sozialdemokraten G. Fr. Th. Lüth 391 Stimmen. An der absoluten Majorität (691 Stimmen) fehlten Koch also 92 Stimmen. Seit der letzten Wahl hat sich die Zahl der sozialdemokratischen Wähler im 62. Bezirk um genau 150 vermehrt. Wir erhielten damals 241 Stimmen, der Linkemann Meyer 374 und der Antisemit 84 Stimmen. In dieser Hinsicht ist also das Resultat für uns kein ungünstiges. Daß die Beamtenwählerchaft in dem Bezirk sich so stark vermehrt hat, machte einen Sieg unmöglich. Aber unser Zuwachs läßt unsere Aussichten bei den nächsten allgemeinen Wahlen dieser Stadtteile im Jahre 1910, die nach dem neuen Klassenwahlrecht mit Proportionalverfahren vollzogen werden, nicht ungünstig erscheinen. Freilich, zu ihrem Recht wird die Sozialdemokratie dabei niemals kommen; dafür haben die bürgerlichen Wahlrechtsumstürzler gesorgt.

Kiel. Wand einsturz. Gestern morgen gegen 5 Uhr ist die nach dem Karstadtischen Neubau zu liegende, anscheinend nicht genügend abgestützte Seitenwand der alten Katsapothek eingestürzt. Mit den Trümmern wurde auch die zwölfjährige Tochter des Stadtverordneten Dr. med. Bernhard Schulze im Schlafe in die Tiefe gerissen und getötet.

Friedrichstadt. Beim Sprengen großer Steine wurde bei Süderkapel ein beim Bahnbau beschäftigter Arbeiter durch einen vorzeitig abgehenden Schuß schwer verletzt; er wurde in das hiesige Krankenhaus gebracht.

Steinfeld. Großfeuer. Gestern vormittag 11 1/2 Uhr brannte der Besitz von H. Lassen, am Wege nach Mänis gelegen, total nieder. Abgebrannt sind das Wohnhaus, sowie zwei Scheunen mit der gesamten Ernte und ein Schweinestall.

Wismar. Etwas spezifisch Mecklenburgisches. Ein gar empfindlicher Mann scheint der Erbpächter Blohm von Wendorf zu sein. Vor dem hiesigen Schöffengericht wurde verhandelt gegen den 17-jährigen Knecht Lemke aus Wendorf wegen Beleidigung. Angeklagter wird beschuldigt, der Erbpächter Blohm, bei dem er im Dienste steht, anlässlich eines Streites dadurch beleidigt zu haben, daß er Blohm zweimal mit "du" anredete. Der Erbpächter Blohm, der als Zeuge vernommen wurde, sagte aus: Lemke habe "du" zu ihm gesagt. Er habe sich solches verboten, darauf hätte Lemke erwidert: Das sei ganz egal, er sei von ihm (Blohm) auch schon mit du angesprochen. Lemke führte zu seiner Verteidigung an, er habe die Absicht, du zu sagen, nicht gehabt, vielmehr seien ihm die Worte in der Erregung so herausgefahren. Der Anwalt plädierte für die Befreiung des Angeklagten; stellte aber die Höhe der Strafe in das Ermessen des Gerichts. Das Gericht erkannte in Rücksicht darauf, daß Angeklagter schon zweimal vorbestraft sei, auf 50 Mk. Geldstrafe, eventuell 10 Tage Gefängnis. — Das Urteil ist in Anbetracht der Lappalie, um die es sich handelt, und in Berücksichtigung des Umstandes, daß Blohm den Lemke auch schon mit "du" anredet, unbegründlich hoch. Die mecklenburgischen Gerichte irren sich ebenso wie die Agrarier, wenn sie glauben, durch diese Urteile dem Landarbeiter Sympathie für seine Arbeit beizubringen. Nach auf uns wollen wir bei dieser Gelegenheit hinweisen: Wir sind überzeugt, daß die bürgerliche mecklenburgische Presse auch diesen Fall, wie alle ähnlichen totschweigen wird. Man kann sich aber aus beratigen Vorkommnissen heraus die Landflucht der Arbeiter erklären.

H. Rostock. Die Stadtverordnetenversammlung nahm auf Antrag der Sozialdemokraten eine vom Genossen Staroffon begründete Resolution an, in der sie erklärt, daß als eventuelle neue Reichsteuern keine indirekten, sondern nur direkte in Betracht kommen sollen.

Barmstedt. Ein schreckliches Unglück hat sich hier ereignet. Während das zwei Jahre alte Töchterchen des Bureauvorstehers Hamann in dem Kinderwagen auf dem Trottoir stand, befah das Kindermädchen ausgestellte Ansichtskarten. Gerade in dem Augenblick, als ein Landmann vorbeifuhr, stürzte der Kinderwagen vom Trottoir und überschlug sich; das Kind wurde unter die Räder geschleudert. Es gab sofort seinen Geist auf. Den Landmann trifft keine Schuld.

Oldenburg. Die Landtagswahlen in Oldenburg, Donnerstag, Freitag und Sonnabend fanden in Oldenburg die Wahlmännerwahlen für die Mitte Oktober stattfindenden Abgeordnetenwahlen statt. Soweit sich bisher übersehen läßt, werden in den neuen Landtag mehr Agrarier einziehen, als bisher in demselben saßen. Die sozialdemokratische hat den Wahlkreis Rüstingen behauptet, doch das eine Mandat im Fürstentum Lübeck verloren. Voraussetzlich wird sie jedoch dafür ein Mandat im Fürstentum Wittenfeld gewinnen. Da Rüstingen jetzt vier (bisher drei) Abgeord-

nete in den Landtag schieft, so wird sich die Zahl unserer Sitze demnach um einen vermehren. Im 1. Wahlkreis (Oldenburg) hat sich unsere Stimmenzahl gegen die letzte Wahl im Jahre 1905 etwas erhöht (von 1220 auf 1800), doch stehen dort 31 sozialdemokratische Wahlmänner 104 bürgerlichen gegenüber. 54 von diesen sind allein in der Stadt Oldenburg gewählt, die somit die Mehrheit hat. Die Meldung des „Berliner Tageblatt“, daß die dortigen Liberalen, um Kandidaten durchzubringen, ein Kompromiß schließen müssen, ist also falsch. Gewaltige Anstrengungen haben die Agrarier besonders im 2. Wahlkreis (Delmenhorst) gemacht. Sozialdemokraten und Linksliberale hatten dort ein Kompromiß geschlossen, um einen Sieg der Agrarier zu verhindern. Obwohl in der Stadt Delmenhorst die Liste der Agrarier siegte, haben die Agrarier alle anderen Orte dieses Wahlkreises gewonnen und werden somit 6 Abgeordnete entsenden. Unsere Stimmenzahl ist annähernd die gleiche geblieben (1400 im Jahre 1905). Die Gegner haben dort über 800 Stimmen gewonnen. Einen guten Stimmengewinn hat der 8. Wahlkreis (Butfadingen) aufzuweisen, wo unsere Stimmen von 260 auf über 400 gestiegen sind; die der Gegner von 400 auf über 500. Der 4. Wahlkreis (Barel) hat uns einen Verlust von etwa 100 Stimmen gebracht, während die Gegner etwa 200 Stimmen mehr erzielt. Im 5. Wahlkreis (Feyer) haben wir ungefähr dieselbe Anzahl Stimmen (250) wie 1905 erhalten; die gegnerischen Stimmen aber stiegen von 200 auf etwa 500. In Rühringen wurden 1888 sozialdemokratische Stimmen (1905: 1404) und 500 (141) bürgerliche abgegeben. Das katholische Münsterland bildet den 6. und 7. Wahlkreis, dort ist Zentrum Trumpf und werden dessen Wahlmänner, meist ohne eine Gegenliste, mit wenigen Stimmen gewählt. Wie schon oben erwähnt, verlieren wir das Mandat im Fürstentum Lüneburg und können dafür auf ein aus dem Fürstentum Birkenfeld rechnen. Dort hat sich besonders in Oberlein unsere Stimmenzahl erhöht auf 270 gegenüber 187 bürgerlichen (nicht Wahlmänner, wie es in unserer Sonnabend-Nummer hieß). Alles in allem haben wir, soweit sich bis jetzt feststellen läßt, etwa 100 Stimmen gewonnen, die bürgerlichen Parteien jedoch etwa 1500. Den größten Teil des Zuwachses erhielt der Bund der Landwirte, der wochenlang seine Agitatoren im Lande herumfandte. Ob sich im neuen Landtag eine Mehrheit für das direkte Wahl-

recht und das neue Schulgesetz finden wird, läßt sich noch nicht sagen.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 22. September. Als Cholera verdächtig wurde die aus Petersburg hier zugereiste Frau des Staatsrats Briqollwitz in das Rudolf Virchow-Krankenhaus hier selbst eingeliefert. Die bakteriologische Untersuchung hat bisher den Choleraverdacht nicht bestätigt. Auch der Verlauf der Erkrankung ist bisher ein anderer, als man ihn sonst bei der Cholera beobachtet. — Trotz offizieller Absegnungen werden vier neue Cholerafälle aus dem Virchow-Krankenhaus gemeldet. Hierzu teilt Geheimrat Gaffky, der Direktor des Königl. Instituts für Infektionskrankheiten, der Internationalen Politischen Korrespondenz mit, daß keine Veranlassung zur Beunruhigung vorliege, das Reichsseuchengesetz sehe alle Eventualitäten vor, sodas besondere Maßnahmen nicht notwendig seien. Die Aufgabe der Sanitätsbehörden werde darin bestehen, den Ausbruch einer wirklichen Epidemie zu verhüten. Einzelne Fälle würden sich trotz schärfster Grenzüberwachung bei dem heutigen internationalen Reiseverkehr nicht vermeiden lassen, jedoch voraussichtlich nur sporadisch auftreten.

Freiburg i. Br., 22. September. Der Student der Rechte Friedrich Sommer, 27 Jahre alt, stürzte heute von einem Felsen bei Oberried ab und war sofort tot.

Brüssel, 22. September. In den Kohlenbergwerken bei Lens ereignete sich heute nacht eine heftige Grubenexplosion, durch die die Galerie, in der drei Häuer arbeiteten, zum Einsturz gebracht wurde. Es gelang infolge der giftigen Schwaden bisher nicht, zu den hoffnungslos verschütteten Hinabzudringen.

Saag, 22. September. Einer amtlichen Meldung aus Niederländisch-Indien zufolge erfolgte in dem Pulvermagazin zu Karang-Assim, Insel Bali, eine Explosion. Fünf europäische Soldaten wurden getötet und sechs verletzt. Von den Eingeborenen werden acht als getötet oder vermißt und sieben als verletzt gemeldet.

De Mans, 22. Sept. Wilbur Wright hat durch den letzten Flug mit seinem Aeroplan den von seinem Bruder Orville am 18. d. Mts. aufgestellten Rekord von 74 1/2 Mtn. geschlagen. Wright setzte um 5 Uhr 12 Minuten nachmittags den Flugapparat in Bewegung, flog eine Stunde 32 Minuten mit tadelloser Präzision und legte eine Strecke von 66 Kilometern zurück, dann mußte er wegen des Eintritts der Dunkelheit landen. Die vieltausendköpfige Zuschauermenge kannte in ihrer Begeisterung keine Grenzen. Diese große Leistung erreichte Wright mit seinem ganz einfachen Apparat, der außer dem 32pferdigen Motor nur ein paar hundert Mark kostet. In den Kreisen der Luftschiffkonstrukteure ist man jetzt überwiegend auf die Seite des Aeroplans getreten, speziell wegen dessen Leichtigkeit und Billigkeit, insbesondere aber wegen seiner kleinen Oberfläche.

Briefkasten.

K. F. Ein Deutscher kann in mehreren Bundesstaaten zugleich Staatsangehöriger sein.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: Th. Schwach. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtliche in Lüneb.

Lüneburger Vereinsbrauerei e. G. m. b. H. Wie uns berichtet wird, hat man am 10. September in der neuen Brauerei mit dem Brauen begonnen, und wird täglich 1 resp. 2 Sud à 40 Zentner Malz fertiggestellt. Die Maschinen und Apparate in der Brauerei funktionieren tadellos, ebenso ist die beobachtete Gärung in den neuen emaillierten Stahlbottichen eine vorzügliche. Es ist hiernach mit Sicherheit zu erwarten, daß auch die Lagerung des Bieres in den emaillierten Lagerfässern eine gleich gute sein wird. Der erste Ausstoß des Bieres erfolgt Ende Oktober, resp. Anfang November, und wird die Güte des Bieres nach allen Vor-aussetzungen den Erwartungen voll entsprechen. Wir wollen nicht unterlassen, heute nochmals darauf hinzuweisen, daß laut Beschluß der letzten General-Versammlung das Eintrittsgeld am 1. Oktober d. Js auf das Doppelte erhöht wird. Mit dem heutigen Tage wird das Bureau der Brauerei von Breitestr. 53, I., nach dem Brauerei-Grundstück auf Buntekuh verlegt. (Siehe Inserat.)

Liesgebeugt mache ich die traurige Anzeige, daß meine innigst geliebte, gute Frau und teure Mutter
Elsa Hefti,
geb. Brammer,
nach langem, qualvollen, schweren Leiden im Alter von 28 Jahren heute nacht 1 1/2 Uhr uns durch den Tod entrißen worden ist.
Lüneb., den 22. September 1908.
Im Namen der Hinterbliebenen der tiefbetrübten Gatte **Karl Hefti.**
Die Beerdigung findet am Freitag vormittag 10 1/2 Uhr von der Burgortkapelle aus statt.

Für die Gratulationen und Geschenke zu unserer Silbernen Hochzeit danken herzlich,
J. Stau und Frau.

Gutes Logis zu vermieten
Rahlhorststraße 42 a, I.
Ein Parterre-Logis, Wohn- und Schlafzimmer, für 2 Mann zu vermieten
Mühlenstraße 91/5.

Gesucht zum 1. Oktober oder 1. November von einzelnen jungen Leuten eine **Zweizimmer-Wohnung** mit Zubehör im Preise von 150—200 Mk. in Nähe der Bachsmehr- oder Moislinger Allee.
Ang. u. K Z an die Exped. d. Bl.

Gesucht zum 1. Januar eine **Zweizimmer-Wohnung** vorm Hofkantor von ruhigen Leuten mit einem Kind.
Ang. mit Preisang. u. B 50 an die Exp.

Eine Witwe sucht Stellung als Haushälterin. Zu sprechen nach 6 Uhr Gartenarube 18 5 (Burgort).

Einige Ruten Kartoffelland zu pachten gesucht. Näheres Werderstraße 28, I, I.

Suche Beschäftigung in Weißnähen und Wäscheausbessern
Klawenstraße 21, II.

Alte Fliesen zu kaufen ges.
Angeb. mit Angabe der Größe und des Preises u. A B 15 an die Exp. d. Bl.

Zu kaufen gesucht **Träger Nr. 20, lang 4 Mts., und 309 Stück Kisten.**
Ang. u. Z A an die Exped. d. Bl.

Haus mit Dreizimmerwohnung zu kaufen gesucht bei 1000 Mk. Anzahlung. Vermittler verb. Ang. mit Preisangabe u. V S 96 an die Exped. d. Bl.

Zu verkaufen eiserne **Kinderbestische,** schm. Kochanng u. Zackeris.
Reiferstr. 27a, I.

Eine **schöne Bettstelle** in Federmatratze und ein **schönes Oberbett** zu verkaufen.
Devenau 25.

H. Haus im Durchgang (Wahmstr.) n. 200 Mk. Ang. zu verkaufen. Haus steht leer. Näheres Devenau 5, I.

Ein Haus mit 3 Etagen a 3 Zimmer, unzugänglich billig zu verkaufen. Zu erfr. Brodingstraße 60.

Das Einfam.-Häuschen B. Tannenbof 7 Beranda, man. Stall f. 5 Pferde, Wagenpl., Hof Borg, für Händler od. Arb. Ang. 1000 Mk.

1 Heubauer, fast neu, billig zu verkaufen.
Gronsforder Allee 105a.

Hühner Flohband, jetzt wachsam, billig zu verkaufen.
P. Wiencke, Stodfeldstr.

2 große Zugäuger.
Dorneststraße 48.

30 Ruten Kartoffelland
sind wegen Umzug abzustehen. Wo, sagt die Exped. d. Bl.

Käse direkt vom Lager.
1 Post. Zilliter Fettkäse 25 u. 30 Pfg. pro Pfd.
11. Posten Schweizerkäse 30 Pfg. pro Pfd.
Schlunacherstr. 12, auf der Diele.

Mein Pfandgeschäft
bleibt Feiertage halber von Freitag nachmittag 5 Uhr bis Montag morgen geschlossen.
L. S. Baruch.
Mein Geschäft habe ich am heutigen Tage von Schwartauer Allee 201 nach Schwartauer Allee 117 verlegt.
Friedr. Möller, Friseur.
Prima französische sowie gelbfuchende Magnum bonum empfiehlt billig
Aug. Bothe, Flichtingstraße 18.

Geschäfts-Eröffnung.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich im Hause **Breitestraße 24, gegenüber Hansa-Café, ein**

Spezial-Schuhgeschäft

Zudem ich um gütige Unterstützung meines Unternehmens ergebenst bitte, streng reelle Bedienung zusichernd, zeichne
Hochachtend

Max Moses-Katz.

Unser Bureau

befindet sich von heute ab

Buntekuh bei Lübeck

Fernsprecher Nr. 1172.

Lüneburger Vereinsbrauerei

e. G. m. b. H.

Spart Zeit, Arbeit, Geld!

Das **Waschmittel** der **Zukunft!** Erzeugt dauernd **blendend weiße Wäsche!**

Persil

Garantiert chlorfrei und unschädlich. Millionenfach erprobt!

Alleinige Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf**

Konzerthaus „Flora“.

Benefiz-Ball für die Bedienung

am **Donnerstag, den 24. September.**
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pfg., Damen frei. Ende morgens. Hierzu ladet freundlichst ein Die Bedienung.

Carl Folkers

Möbel-Magazin

25 Marlesgrube 25.

Vollständige Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.

Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.

Teilzahlung gestattet.

Bei Barzahlung Rabatt.

Gebe rote Lubeca-Marken.

Tapeten-Reste

ganz billig.

Fritz Rehm,

Tapeten-Spezialgeschäft,
Beckergrube 20,
neben dem Stadttheater.

Empfehle aus eintreffenden Waggons:
Prima franz. Kartoffeln,
sowie

Magnum bonum.
Sonnabend

1 Waggon hief. Zwetschen
10 Pfd. 50 Pfg.

J. Peters, Dornest. 32a.

Kartoffeln

zum Winterbedarf,
feinste Lauenburger, französische, Magnum bonum und lange Gelbe billigst.
Wiederverkäufer äußerste Preise.
C. Heese, Jacobsens Nachfolger
Tel. 1440. Meierstr. 26

Hansa-Theater

Telephon 384.
Gastspiel

Job-Classen.

Heute **Mittwoch, den 23. Septbr.**
Anfang punkt 8 1/4 Uhr.
Nur noch 2malige Aufführung!

Tränen werden gelacht.

Sie will Einen.

Schwank mit Gesang in 3 Akten.
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.
Nächste Novität:
Ein dreieckiges Verhältnis.

Der Nürnberger Parteitag.

Vom Genossen Stellung, der dem Parteitag in Nürnberg als Delegierter für den 1. Oldenburger Wahlkreis beivohnte, und der sich gegenwärtig auf einer Agitationstour in Birkenfeld befindet, erhalten wir folgenden Artikel:

Bewegte Tage liegen hinter uns — Tage, deren Erinnerung nicht zu den angenehmsten des Parteilebens gehören. Denn es kann wohl nicht als angenehm bezeichnet werden, wenn man erleben mußte, daß Vertreter eines Teiles der Gesamtpartei erklären, dem Votum der höchsten Instanz der Partei werden wir uns nicht fügen; es war nicht angenehm, Augen- und Ohrenzeuge einer auf Klatschereien und niedrige Unterstellungen basierenden Kampfesweise gegenüber alten, ergrauten Parteigenossen gewesen zu sein. Dennoch liegt für uns keine Ursache zum Jammern und Lamentieren und für die Gegner kein Grund zum Frohlocken vor. Trotz aller heftigen Debatten, trotz der unlieblichen Vorkommnisse auf dem Parteitage steht die deutsche Sozialdemokratie einig und geschlossen da, bereit, den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung unter dem leuchtenden Banner der Menschlichkeit gemeinsam zu führen; gemeinsam zu arbeiten an der Erreichung unserer menschheitsbefreienden Ziele.

Die wichtigste Frage, die der verstlossene Parteitag zu erledigen hatte, war zweifellos die Frage der Budgetbewilligung. Unser Standpunkt ist den Lesern bekannt. Wir verurteilten die Budgetbewilligung in Süddeutschland, fanden aber auch berechtigte Worte des Tadelns über die unparteiigkeitsmäßige Kampfweise, die hier und da gegen die Süddeutschen angewandt wurde. Dieser unser Standpunkt ist auch durch die Debatten in Nürnberg nicht verändert worden; wir stehen heute noch auf demselben.

Wir freuen uns der vorzüglichen Worte, mit denen unser alter, leider kranke Genosse Bebel die Debatte über die Budgetbewilligung einleitete. Ruhig und sachlich, jede Schärfe vermeidend, vertrat er seinen Standpunkt. Leider konnte daselbe nicht von jedem nachfolgenden Redner gesagt werden. Als die schleswig-holsteinischen Parteigenossen ihre vermittelnde Resolution Frohne einbrachten, da atmete mancher Parteigenosse auf. Hier war der Weg der Verständigung in konzilianter Form gefunden als es in der Vorstandesresolution der Fall war. Und die Resolution Frohne wäre angenommen worden, wenn unsere süddeutschen Freunde weniger unklug gehandelt hätten und wenn auch der Genosse Frohne derselben eine etwas andere Begründung gegeben hätte. Die Resolution wurde abgelehnt gegen eine immerhin erhebliche Minderheit. Damit war die Annahme der Vorstandesresolution gesichert; 258 Delegierte stimmten für dieselbe, 119 dagegen. Still und lautlos wurde das Resultat auf beiden Seiten entgegen genommen; man war sich dessen bewußt, daß es der Würde des Parteitages nicht entsprach, Beifalls- oder Mißfallenskundgebungen zu veranstalten. Durch die Abgabe ihrer Erklärung dokumentierten die süddeutschen Genossen, daß sie sich nicht als Unterlegene betrachten. Man kann darüber streiten, ob diese Erklärung notwendig war. Das eine aber steht wohl fest: Den süddeutschen Genossen wird sie in ihrer späteren Tätigkeit im Landtage nutzen, und der Gesamtpartei schadet sie nicht. So ist denn die Einigkeit der Partei gesichert, ob vorläufig oder dauernd, kann wohl niemand voraussetzen. Aber das kann jeder Genosse und jede Genossin in Nord- und Süddeutschland geloben: Mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die

deutsche Sozialdemokratie stets ein einheitliches Ganzes bleibe. Bringen wir uns gegenseitig mehr als bisher volles Vertrauen entgegen; betrachten und behandeln wir uns immer als Parteigenossen, denen das Wohl der Gesamtpartei über alles geht!

Von nicht minder wichtiger Bedeutung für die Partei und Gewerkschaften war die Behandlung der Maisfeierfrage. In voller Sachlichkeit erörterte man das Pro und Contra und kam schließlich zu dem Entschluß, das vom Parteivorstand und Generalkommission vorgeschlagene Abkommen bez. der Unterstützungsfrage in seinem wesentlichsten Teile abzulehnen. Die beiden Körperschaften wolle bekanntlich die Unterstützungsfrage lokal regeln. Dem konnte sich der Parteitag nicht anschließen, und deshalb lehnte er den betr. Passus des Abkommens ab. Parteivorstand und Generalkommission werden nun neue Mittel und Wege ausfindig machen müssen, um der Arbeitsruhe am 1. Mai neue Anhänger zuzuführen. Daß sie mit ihren Beschlüssen — mögen sie ausfallen wie sie wollen — die Maisfeier in der bisherigen Form zu neuem Leben erwecken, glauben wir nicht. Wir sind vielmehr der Meinung, daß an der Unterstützungsfrage die Arbeitsruhe am 1. Mai ihr Ende finden wird.

Daß das so sehr zu beklagen sein würde, können wir nicht einsehen. Die Arbeitsruhe am 1. Mai kann nur dann demonstrativ wirken, wenn sie allgemein ist, nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern mit einer nennenswerten Arbeiterbewegung. Heute ist sie sehr weit davon entfernt; wir sind nicht imstande, eine allgemeine Arbeitsruhe durchzuführen, wahr zu machen jenes schöne Wort: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!“ Deshalb sollten wir der Rage den Schwanz nicht stückweise abhacken, sondern ganze Arbeit machen und der Maisfeier dadurch einen weit demonstrativeren Charakter als bisher verleihen, daß wir sie auf den 1. Sonntag im Mai verlegen, die Masse auf die Straße bringen. Das wäre unter den obwaltenden Umständen die würdigste Form der Maisfeier.

Heftige Debatten erwartete man allgemein bei der Erörterung der Frage der Jugendorganisation. Hierzu kam es jedoch nicht. Man setzte in den ersten Tagen eine Kommission ein, die dem Parteitag unter Berücksichtigung aller vorliegenden Anträge eine Resolution vorlegte, die tatsächlich als eine äußerst glückliche bezeichnet werden kann. Der Parteitag hat sich gegen zentrale Jugendorganisationen ausgesprochen, ohne den jungen Leuten das Recht zur Gründung lokaler Jugendvereine zu nehmen. Arbeiten die Parteigenossen allerorts im Sinne dieser Resolution, dann werden wir auch auf dem Gebiete der Jugendbewegung gute Fortschritte machen und uns die Jugend erobern. Wer aber die Jugend hat, der hat die Zukunft.

Als völlig gleichberechtigte Mitstreiter sind nun auch die Genossinnen in unsere Reihen aufgenommen worden. Die durch das alte Vereinsgesetz bedingte Sonderorganisation der Frauen ist aufgehoben worden. Logischerweise hat man nun den Genossinnen auch einen Sitz im Parteivorstand eingeräumt.

Daß endlich einmal mit den Lokalkisten aufgeräumt wurde ist nur mit Freuden zu begrüßen. Wer sich außerhalb des Rahmens der gewerkschaftlichen Seite der Arbeiterbewegung stellt, für den ist auch kein Platz mehr auf der anderen Seite. Insofern können nicht nur, nein, müssen beide Korporationen Hand in Hand arbeiten.

Ausgezeichnete Vorträge hielten die Genossen Mollenhuth und Geyer. Während ersterer die Sozialpolitik unter dem neuen Kurs eingehend behandelte,

gab Geyer ein anschauliches Bild von der drohenden Belastung des werktätigen Volkes durch neue Steuern zc.

In wirkungsvoller Weise demonstrierte der Parteitag gegen die Kriegshekerei und gegen die ausnahmerechtliche Behandlung der polnischen Bevölkerung. — Der übrige Teil der Tagesordnung war fast ausschließlich geschäftlicher Natur.

So liegt denn nun auch der 25. Parteitag der deutschen Sozialdemokratie hinter uns. Mögen seine Verhandlungen uns mit neuer Kraft, mit frischem Mut im Kampfe gegen unsere Widersacher erfüllen. Entschlossen und geschlossen wollen wir diesen Kampf führen in der sicheren Zuversicht auf den endlichen Sieg unserer Ideen. Vorwärts!

Soziales und Parteileben.

Der Kampf gegen das Zweistufigsystem in der München-Glabbacher Textilindustrie. Sonnabend abend wurden bei der Firma Richter u. Gebets in München-Glabbach 18 Weber gekündigt, weil sie sich weigerten, zwei Stühle zu bedienen. Eine Versammlung der Arbeiter wird heute zu der Sache Stellung nehmen. Zuzug von Textilarbeitern ist fernzuhalten.

Eine Konferenz der hessischen Gewerkschaften tagte am Sonntag in Offenbach a. Main. Betreten waren 29 Gewerkschaften durch 68 Delegierte, 22 Kartelle durch 31 Delegierte; ein Krankentassenvertreter und mehrere Arbeitersekretäre als Gäste waren anwesend. Über die im nächsten Jahre stattfindenden Wahlen zu den unteren Verwaltungsbehörden der Kranken- und Unfallversicherungsanstalten Hessens referierte Arbeitersekretär Graf-Frankfurt a. M. Die jegliche Zusammensetzung der in Frage kommenden Verwaltungskörper ist eine den Versicherten derartig nachteilige, daß ein Zusammenwirken der gesamten organisierten Arbeiterkraft im Bereiche der Versicherungsanstalten des Großherzogtums Hessen und der Provinz Hessen-Nassau unbedingt notwendig ist. Die Diskussion förderte eine Menge Material über schwere Mängel bei der Rentenfestlegung und der Behandlung wie Begutachtung von Ärzten und Krankenanstalten zutage. Beschlossen wurde die Herausgabe von Leitfäden, in denen kurz und klar den Versicherten Instruktionen erteilt werden über das Wissenswerte aus der Versicherungsgebarung. Arbeitersekretär Graf wurde mit der Abfassung der Leitfäden betraut. Die Blätter werden unentgeltlich abgegeben, die Kosten tragen sämtliche Kartelle gemeinschaftlich, über den Entwurf eines Reichsgesetzes über Arbeitskammern referierte Arbeitersekretär Müller-Wiesbaden. Eine Diskussion schloß sich nicht an den Vortrag; aber es sollen unverzüglich die Vorarbeiten getroffen werden, um einen Zusammenschluß aller hessischen Gewerkschaftskartelle in die Wege zu leiten. Betont wurde, daß das notwendig sei, um Einfluß zu gewinnen auf die bestehenden Verwaltungsbehörden der Landesversicherungsanstalten und um einheitliches Handeln zu erzielen gegenüber Regierungs- und anderen Vorlagen der Sozialgesetzgebung. Als Vorort wurde Mainz bestimmt, während die Kartelle von Gießen, Mainz, Darmstadt und Offenbach die nötigen Vorarbeiten für die nächsten Wahlen der Beisitzer zu den unteren Verwaltungsbehörden zu treffen haben.

Das Fiasko der Warenhaussteuer. Immer zahlreicher werden die Stimmen, welche die Unhaltbarkeit dieser Lohnsteuergesetze betonen. Das „Berliner Tageblatt“, Nr. 443, vom 31. August schreibt über die Warenhaussteuer:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Warenhaussteuer, die man zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Preußen einzuführen für gut befand, ganz und gar Fiasko gemacht hat. Die Ziele, die man sich bei der Schaffung dieser Steuer steckte, sind nicht erreicht worden; insbesondere hat die Warenhaussteuer den Kleinbetrieb im Detailhandel — die von ihr alles Heil erwarteten und sich zum Teil sogar der Hoffnung hingaben, die Steuer werde den Warenhäusern als

mich getroffen, und Mordmord hieß die Schuld, der man mich zieh.“

„Schrecklich!“ stöhnte die Frau. „Was half es, daß ich mich verteidigte?“ fuhr Mac Donald nach kurzer Pause, während er die feucht gewordene Stirn mit seinem Tuch abtrocknete, fort, „was half mir die Beteuerung meiner Unschuld! Ich sollte im Saale vorher nichts Drohungen gegen den Toten ausgestoßen haben. — Nichts war wahrscheinlicher, als daß wir uns im Garten trafen, und wenn auch die Möglichkeit noch blieb, daß O'Rourke selber Hand an sich gelegt und das Pistol nach dem Schusse, die Kugel war dicht neben dem Herzen durchgegangen, von sich geschleubert habe, hatte doch gerade dieses letztere zu viel Unwahrscheinliches. Auch daß der Schuß in der Seite, unter dem Arme saß, wies den Gedanken an Selbstmord zurück, und die Geisworenen — sprachen ihr Schuldig über mich. Nur daß die vermutete Tat, der man mich zieh, noch halb im Kaufschiffe gesehen, milderte meine Strafe in etwas, und statt des Todes durch Henkershand lautete mein Urteil auf vierzehn Jahre Deportation.“

„Das übrige wissen Sie,“ setzte Mac Donald mit leiser, fast tonloser Stimme hinzu, Marie starb an gebrochenem Herzen, noch ehe ich eingeschifft wurde, diese Kunde war der Abschiedsgruß, mit dem mich die Heimat in die Fremde, in Kerker und Glend stieß. Braut, Freunde, Vaterland, Vermögen, Freiheit, alles verlor ich mit dem einen Schlage, und verließ die Heimat gebrandmarkt als Verbrecher.“

„Und Sie waren unschuldig?“ rief die Frau, die mit gefalteten Händen und bleichem, entsetztem Antlitz zu ihm aufschaute.

„So wahr dort jene Sonne im Westen sinkt, so wahr ein Gott über uns lebt und mein Herz nicht, ob es Wahrheit oder Falschheit redet!“

Die Frau erwiderte kein Wort, aber wie ein Frösteln zog es durch ihre Glieder, und in sich zusammenschauend, barg sie das Antlitz in den Händen.

„Jahrelang,“ fuhr jetzt Mac Donald mit unheimlich leuchtendem Blick fort, „ertrug ich die furchtbare Last. Jahrelang arbeitete ich an der Seite von Verbrechern, die in Sünde und Schande groß gezogen, nur Spott und Hohn für den Unglücklichen hatten, der sich nicht ihren rohen, wüsten Sitten fügen wollte. Noch ließ ich die Hoffnung

Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstaeker.

(56. Fortsetzung.)

Es lag ein so tiefer Schmerz, aber auch ein so strenges Zurückweisen in dem Ausdruck, mit dem sie die wenigen Silben sprach, daß Mac Donald bestürzt schwieg, denn er fühlte, daß er sie verletzt hatte, fühlte aber auch, daß eine Entschuldigung die berührte Wunde nur noch tiefer aufreißen müßte, und fuhr nach kurzem Zögern fort:

„Mein Name muß für jetzt noch zwischen uns beiden ein Geheimnis bleiben, denn von den englischen Gesetzen verurteilt, bin ich als Sträfling nach Australien deportiert worden und — entflohen.“

„Sie sind —“

„Ein Wuschrahndischer,“ sagte der Unglückliche, bitter vor sich hin lächelnd, „wie es die Behörden hier wenigstens nennen, ein Flüchtling, auf dessen Kopf ein Preis gesetzt ist, und wenn ich mich Ihnen entdeckte, treibt mich dazu ein Stwas, dem ich keine Worte geben kann. Es sind nun fast neun Jahre verfloßen,“ fuhr er nach kurzer Pause mit ruhiger Stimme fort, „daß in Edinburgh eine deutsche Familie Hobburg wohnte, in deren Haus ich meine zweite Heimat, in deren engerem Kreise mein Herz das Ziel meiner Wünsche gefunden hatte. Ich darf voraussetzen, daß Ihnen jene Verhältnisse bekannt sind, wenn ich selber auch nur ein einziges Mal, kurz vor jenem unglücklichen Abend mit Ihnen, die Sie erst kürzlich aus Deutschland herübergekommen waren, dort zusammentraf. Ich liebte Marien und mußte meine Neigung erwidern. Eward Hobburg, obgleich unsere Charaktere sich nicht im mindesten ähnelten, wurde mein Freund. Eward war seelensgut, aber von ruhigem, wohl auch schwanendem Charakter; manches ergriff er in dem ihm fremden Lande und gab es wieder auf, weil er sich nicht mit den Sitten und Gewohnheiten seiner Bewohner befreunden konnte. Ich suchte ihn in die richtige Bahn zu lenken, und da er fühlte, wie gut ich es mit ihm meinte, wenn ich ihn vor seinen eigenen Fehlern warnte, schloß er sich fester und inniger an mich an. Ich glaubte glücklich zu sein. In dieser Zeit besuchte ein junger Ire, mit dem Eward durch meine Vermittlung in Geschäftsverbindung getreten war, die Hobburgsche Familie. Mit seinem ersten Erscheinen wich der

Frieden des Hauses von der Schwelle. Er war jung, schön und reich, und es zeigte sich bald, daß ihn Mariens Reize nicht gleichgültig gelassen hatten. Trotzdem daß er dabei erfuhr, wie nahe ich selber der Familie stand, wie viel näher ich ihr in kürzester Zeit zu stehen hoffte, hielt er um ihre Hand an und — wurde abgewiesen. Eward hatte es ihm vorhergesagt und alles getan, was in seinen Kräften stand, um ihn von einem solchen Antrag abzuhalten. Jetzt suchte er ihn zu trösten und war häufiger als je in seiner Gesellschaft. Tage vergingen darüber und O'Rourke, wie der Ire hieß, schien keinen Groll mehr wegen des Vergangenen zu hegen. Eward lud uns mit mehreren anderen Freunden eines Abends ein. Es sollte ein Verlobungsfest sein. Es wurde viel getrunken, wir waren alle erhit und aufgereg, aber mit O'Rourke besonders ging in der Wirkung des hitzigen Tranks eine böse, unheilvolle Veränderung vor. Er sah aus, was wir tun konnten, ihn daran zu verhindern, brachte er wieder und immer wieder das Gespräch auf Marien, und Worte fielen dabei von seinen Lippen, die endlich weder Eward noch ich länger ertragen konnten und wollten. Eward besonders, der sonst fast durch nichts aus seiner Ruhe und Fassung gebracht werden konnte, zitterte vor verhaltenem Wut und fiel auch noch infolge davon in derselben Nacht in ein hitziges Fieber, das ihn, so viel ich später davon erfuhr, auf viele Monate an sein Lager fesselte. Ich verlangte endlich eine Erklärung von dem Iren, statt dessen häufte er Beleidigung auf Beleidigung, und meiner Sinne selber nicht mehr mächtig, schleuderte ich ihm das vor mir stehende Glas ins Angesicht. Natürlich mußte er mich hierauf fordern, und der nächste Morgen sollte unseren Zwist entscheiden.

Nach dieser Szene hatte ich augenblicklich den Saal verlassen, wie sich denn überhaupt die ganze Gesellschaft rasch zerstreute. Ich war in den Garten gegangen, um mein Blut abzutühlen, und wollte eben nach Hause zurückkehren, um die für den morgenden Tag vielleicht nötigen Anordnungen zu treffen. Da fällt plötzlich, gar nicht weit von mir entfernt, ein Schuß, und als ich, von einem unwillkürlichen Gefühl getrieben, der Stelle zuweile und mich in den Umständen verirrte und nicht weiter kam, sehe ich mich plötzlich umringt und gefaßt und eines Verbrechens angeklagt. — Nicht weit entfernt davon lag O'Rourke in seinem Blute, ein abgeschossenes Pistol, das man am nächsten Morgen fand, nahe der Stelle und zwischen ihm und dem Platz, auf dem man

Form der Bedarfsdeckung den Garaus machen — nicht den geringsten Nutzen gebracht. Aber diesen Mißerfolg sind sich auch die Geschlechter nicht mehr im Unklaren. Als die Handels- und Gewerbekommission im preussischen Abgeordnetenhaus eine Petition der Halberstädter Handelskammer betraf: den Antrag aus der Warenhaussteuer zu zwei Dritteln den Kommunen zu überweisen, die diesen Betrag unter Zustimmung der Handels- und Handwerkskammern zur Förderung des Kleinhandels und des Handwerkes zu verwenden hätten, wurde die Zwecklosigkeit des Warenhaussteuererlasses von fast allen Rednern anerkannt.

Anstatt die rechte Lehre aus dieser Erkenntnis zu ziehen und für die Abschaffung der Steuer einzutreten, wird von zahlreichen Mittelstandsvereinigungen eine Erhöhung der Warenhaussteuer gefordert. Durch Mittel der Steuerreform die Großvertriebe im Kleinhandel unterdrücken zu wollen, heißt, unerhörten Mißbrauch mit einer Steuer treiben, heißt, Zwecke in die Besteuerung hineintragen, die dieser fremd sind und stets fremd bleiben müssen. Wer die Warenhäuser für so schädlich ansieht, daß er ihre Beseitigung für notwendig hält, muß konsequenterweise verlangen, daß sie verboten werden, er darf indessen nicht fordern, daß man sie unter der Flagge einer Steuer erdrosselt.

Die Überzeugung wird immer allgemeiner, daß die übertriebenen Forderungen der Mittelstandskretter geradezu zu einer Gefahr für das ganze Wirtschaftsleben zu werden drohen, und daß es die höchste Zeit ist, daß solchen unermühten Forderungen gegenüber die Regierungen hart werden.

Aber die Differenzen in der englischen Textilindustrie beruhen der „Vorwärts“: Die industrielle Krise, die auch in England in hohem Maße das gesamte Wirtschaftsleben ungünstig beeinflusst, tritt dort besonders stark in der Textilindustrie zutage. Schon seit längerer Zeit arbeiten die englischen Spinner und Weber mit verkürzter Arbeitszeit. Das Unternehmertum, das in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges Riesengewinne profitiert hat, sucht nun in der schwierigen Zeit nach Möglichkeiten die Gewinnaufschläge auf die Arbeiter abzuwälzen. In der Grafschaft Lancashire, der Zentrale der Textilindustrie, beschloßen die Spinnerbesitzer eine Verabredung der Arbeiterlöhne um fünf Prozent. Die Vertreter der Arbeiter sträubten sich zunächst gegen diese ungeheuerliche Maßregel, denn die Arbeiter seien in der Zeit der Hochkonjunktur nur mit ganz minimalen Zulagen gegenüber den Riesengewinnen der Unternehmer abgeweißt worden. Schließlich aber erklärten sie sich doch bereit, die Lohnherabsetzung zu ertragen, wenn sich die Konjunktur bis zum Beginn des nächsten Jahres nicht gehoben habe. Darauf erklärten die Unternehmer gnädig, daß sie zwar mit der Beschneidung der Löhne bis dahin warten wollten, verlangten aber, daß dann die Arbeiter bedingungslos sich eine Lohnherabsetzung von 5 Proz. gefallen lassen. Natürlich konnten die Arbeiter auf ein derartiges Verlangen nicht eingehen. Welche riesigen Mehrgewinne durch die Lohnherabsetzung für die Kapitalisten herausbringen würden, kann man ermeslen, wenn man bedenkt, daß von der Lohnherabsetzung 200 000 Arbeiter betroffen werden. Die Unternehmer fühlen sich als Herren der Situation. Die Aufträge stocken, und manchem Spinnerbesitzer würde ein Stillliegen des Betriebes auf einige Zeit durchaus nicht unangenehm sein. Die Arbeiter wollen sich eine so willkürliche Beschneidung ihres an sich nur geringen Lohnes nicht gefallen lassen. Wenn nicht im letzten Moment noch von dritter Seite Einigungsverhandlungen angebahnt werden, wird in den nächsten Wochen in der englischen Textilindustrie ein Kampf herrschen, an dem wenigstens 200 000 Arbeiter beteiligt sind.

Kein Sozialdemokrat in einem bürgerlichen Ministerium! Die dänische Sozialdemokratie hält seit Donnerstags ihren 12. Parteitag ab, der in Odense, der Hauptstadt Dänemarks, stattfindet. Der Parteivorstand, Genosse P. Knudsen, konnte nicht teilnehmen, da er eben eine Krankheit überstanden hat. Sein Stellvertreter, Genosse Sigwald Olsen, hielt die Eröffnungsrede. Er kam dabei auch auf die Schwindeldienste Alberts und die Ministerkriege zu sprechen, erinnerte daran, daß Albert — wie seinerzeit in Deutschland Bismarck — dem dänischen Sozialismus einen Riegel vorzuziehen wollte, und daß derselbe Mann nun selbst hinter Schloß und Riegel sitzt und als Dieb und Betrüger verurteilt werden muß und wird. — Es sind nun in Dänemark Gerüchte aufgetaucht, wonach in dem Geschäftsministerium, das nach Eröffnung des Reichstages gebildet werden soll, die Sozialdemokratie eine Vertretung beanspruchen oder erhalten sollte. Der Gedanke liegt ja auch für bürgerliche Politiker sehr nahe. Ist doch die Sozialdemokratie die zweitstärkste Partei im Folketing und zugleich diejenige Partei, die den diebischen Justizminister und sein ganzes Korruptionssystem von jeher aufs Schärfste bekämpft hat! Aber Sigwald Olsen erklärte zu jenen Gerüchten: „Wir sitzen hier auf dem Parteitag nicht, um uns mit Ministerlisten zu befassen, aber da in der Presse davon geschrieben wurde, daß auch wir an dergleichen dächten, will ich die Gelegenheit benutzen, um ganz entschieden den Gedanken zurückzuweisen, daß ein Sozialdemokrat in ein Geschäftsmi-

sterium eintreten sollte. Haben wir erst einmal die Mehrheit im Folketing erlangt, dann werden wir selbstverständlich die Verantwortung auf uns nehmen, aber der Sozialdemokrat, der in ein Geschäftsministerium eintritt, käme in eine so ungünstige Lage, daß er zum Unglück für seine eigene Partei werden würde.“ — Die Erklärung wurde mit lebhaftem Beifall angenommen.

Der „Freiheit“ wiedergegeben. Der Redakteur der Leipziger Volkszeitung Genosse Oskar Heinig hat Sonntag früh die Strafanstalt Hoheneck verlassen, in der er 1 Jahr und 9 Monate interniert war. Diese furchtbare Strafe wurde Heinig zu einer Zeit zudiktirt, in der die Wogen des Wahlrechtskampfes besonders hoch gingen. Wegen 25 Artikel der Leipziger Volkszeitung war gegen Heinig als dem verantwortlichen Redakteur Anklage erhoben worden, fünf davon hatte das Landgericht nur noch übrig gelassen, aber sie reichten aus zu der drakonischen Strafe. Das Gericht war der Aufforderung des Oberstaatsanwalts Böhmke gefolgt, der in seinem Plädoyer sagte: „Konstruieren Sie den Tatbestand wie Sie wollen, aber greifen Sie hoch mit der Strafe!“ Der Landgerichtsdirektor Maulisch, der Vorsitzende jener Strafkammer, wurde nach kurzer Zeit zum Oberlandesgerichtsrat in Dresden befördert, und neun Tage vor dem Feste der Liebe wurde Genosse Heinig für 21 Monate hinter Gittern in die Strafanstalt Hoheneck gebracht. Gestern kehrte er zurück zu den Seinen. An dieser Stelle geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß die lange Strafe der Gesundheit des Genossen Heinig keinen Schaden gebracht hat, damit er bald wieder in die Reihen der Kämpfer gegen Unterdrückung und Entrechtung eintreten kann.

Aus Nah und Fern.

Drei Kinder vom Automobil getötet. Bei Kreuz an der Ostbahn (Reg.-Bez. Bromberg) überfuhr am Sonntag ein in unsinnigem Tempo gefahrenes Auto zwei Kinder im Alter von 3 und 5 Jahren, die auf der Chaussee spielten, sowie einen älteren Knaben, der die beiden im letzten Moment retten wollte. Alle drei Kinder wurden auf der Stelle getötet.

Bei der Arbeit getötet. Der Gasanstaltsarbeiter Klose, der in Dresden in einem Schachte Wasser auspumpte, wurde durch ausströmendes Gas bewußtlos und mit einem anderen Arbeiter, der ihn retten wollte, von der Feuerwehr tot aus dem Schacht gezogen.

Eine Reichsverbandsstille. Der Pianohändler Franz Rönneburg ist nach raffinierten Schwindeldiensten und unter Zurücklassung einer ansehnlichen Schuldenlast aus Alfeld (Wroving Hannover), wo er seit 1905 ansässig war, verhaftet. Rönneburg war, wie sich herausstellt, auch Mitglied des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie. Er hat die dadurch erlangten „nobelen“ Verbindungen nach Kräften auszunutzen verstanden und Gott und alle Welt angempft.

Im Bett ermordet. Wie aus Essen gemeldet wird, wurde dort eine Frau Schemmann in ihrem Bett erschlagen und ermordet aufgefunden.

Stil vom Prinzenexamen! Straßburger Blättern zufolge ist den beiden beschuldigten Straßburger Zeitungen von Amtswegen die Einstellung des öffentlichen Beleidigungsverfahrens in Sachen der Doktorpromotion des Prinzen August Wilhelm von Preußen mitgeteilt worden. Der Prinz hat bekanntlich sein Examen „glänzend bestanden“, obwohl er bei weitem nicht die Zeit, die als Minimalfrist vorgeschrieben ist, studiert hat. Das und einige andere Umstände des prinziplichen Erfolges hatten Straßburger Blätter behandelt und die Äußerung eines der ergründenden Professoren erwähnt, die dem Sinne nach lautete: „Was sollten wir machen? Es war ja ein Prinz!“ Hauptächlich um herauszubekommen, wer diese Äußerung getan, wurde das hochnotpeinliche Verfahren eingeleitet. Nun scheint man so viel herauszubekommen zu haben, daß man doch lieber auf die öffentliche Verhandlung und damit auf den Prozeß verzichtet. Schade! Eigentlich hätte man erfahren müssen, wie in Deutschland ein Prinz Doktor wird.

Vom Dach abgeführt. In der Neuen Mainzer Straße 73 in Frankfurt a. M. wurde gestern vormittag ein fremder Mann entdeckt, den man für einen Einbrecher hielt. Der Mann, der von einem Schutzmann festgenommen werden sollte, gab auf diesen einen Schuß ab, ohne ihn jedoch zu verletzen. Alsdann flüchtete der Fremde auf das Dach des genannten Hauses und stürzte vom fünften Stock auf die Straße, wobei er lebensgefährliche Verletzungen erlitt. Später hat sich herausgestellt, daß der Fremde ein Schlossergeselle aus Frankfurt ist, daß dessen Braut in jenem Hause diene.

Verhängnisvolle Nachhilfe bei einer Wette. Aus Budapest wird gemeldet: Wie aus Vasko berichtet wird, ereignete sich nächst der Gemeinde Kaluger ein schwerer Unglücksfall, dem ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist.

bleiben nach allem, wie es ein unglückseliger Zufall in jener Nacht gefügt. Auch meinen Richtern messe ich keine Schuld bei, die Geschworenen konnten ihren Spruch nach allem, was ihnen vorlag, kaum anders geben, als sie getan, und doch lautete er falsch, doch ist keine andere Möglichkeit, als daß O'Rourke in einem Anfall von Reue und Gewissensbissen, wie ihn der Streit und die kalte Nachtlust nichtern gemacht, sein Leben gewaltsam selber endete. Aber die Lippen die mich allein freisprechen konnten, sind kalt, und das Blut — Aber fort mit den nutzlosen Klagen,“ brach er plötzlich und gewaltsam ab; nicht deshalb kam ich her, um mein Geschick zu bejammern, ich bin gewohnt, es zu ertragen und ihm die Stirn zu bieten. Mein, der Name, den ich bei jenen Deutschen hörte, weckte wieder die Erinnerungen jener glücklichen Zeit zu Licht und Leben. Ihre Züge riefen die Bilder jener Tage wieder in mir wach, und ich beschloß, mir erst Gewißheit zu verschaffen, daß ich mich in Ihnen nicht geirrt, und ich mich dann wenigstens vor Ihnen von dem Verdacht zu reinigen, ein feiger nichtswürdiger Mörder zu sein. Mein Zweck ist hoffentlich erreicht, und schlägt jetzt meine Stunde, fall ich den Feinden wieder in die Hände, und muß ich mir meine endliche Freiheit wirklich mit dem doch wertlosen Leben erkaufen, dann reinigen Sie das, wenn Sie nach dem glücklichen England zurückkehren sollten, meinen Namen von dem Schimpfe, der auf ihm lastet. Mein Loten wird man vielleicht glauben, was der Lebende umsonst beteuerte.“

„Und weiß mein Mann, weiß Eduard, daß Sie hier sind?“ frug die Frau.

„Ihr Mann — Eduard?“ rief Mac Donald rasch und erkannt, „ist er nicht fort — verschollen drin im Busche — oder tot?“

„Er ist zurück,“ hauchte die Frau, „hier, seit wenigen Tagen, und seine Krankheit bannte mich an das Haus.“

nicht sinken, daß in der Heimat meine Unschuld ja endlich zutage kommen müsse, daß Gott nicht wolle können, den Schuldlosen so furchtbare, unverdiente Strafe aufzubürden. Jahr nach Jahr verging, und wie endlich der rohe Übermut brutaler Gefängniswärter und Wächter mit jedem Tage flieg, und die Verzweiflung sich mehr und mehr meines Herzens bemächtigte, beschloß ich, solches Glend nicht länger zu ertragen und, dem Beispiel anderer folgend, in den Busch zu fliehen. Wie ich entkam, bleibt sich hier gleich. Unerkannst lebe ich eine Zeitlang in einem kleinen, deutschen Städtchen dieses Distrikts als Arzt und verdiente mehr als ich brauchte, bis mich der Übermut — oder nennen Sie es mein Geschick — wieder selber in die Hände meiner Feinde trieb. Glücklicherweise hatte ich mein Geld vorher verborgen, und zum zweitenmal bin ich jetzt ihren Fängen entgangen, aber — sie sind schon wieder nach mir ausgestreut, ja, sie glaubten mich schon einmal aufs neue fest zu haben. Gehezt wie ein wildes Tier des Waldes habe ich wieder hier zwischen Deutschen Schutz gesucht, wie das gejagte Wild zwischen friedliche Herden mischt, die Spur der Bluthunde von seiner Fährte abzubringen. Von hier vertrieben, meinem letzten Zufluchtsort, bliebe mir nichts übrig, als mein Leben nur eben so teuer als möglich zu verkaufen, denn lebendig liefere ich mich nicht wieder aus.“

„Und haben Sie von hier aus keine Schritte getan, Ihre Unschuld zu beweisen?“ jagte zitternd die Frau, „haben denn in England die Gerichte nicht endlich den wahren Täter entdeckt, und müssen sie da nicht den Schuldlosen nach so langen Leiden freisprechen?“

„Es war alles vergebens,“ jagte Mac Donald, traurig mit dem Kopfe schüttelnd. „Mein Bruder, der mir noch in London lebt, hat alles angestellt, das Dunkel, das über dieser Tat liegt, zu lichten — umsonst. Nach wie vor ruht der einzige und alleinige Verdacht auf mir, muß auf mir

Die Hirtenknaben Gabor Bujez und Bertram Nye haben mehrere Pferde auf die Weide getrieben. Hierbei machte Bujez die Bemerkung, daß eines dieser Pferde, ein zweijähriger Hengst, von niemandem geritten werden kann als nur von ihm. Es kam zwischen den beiden Knaben zu einer Wette und Nye bestieg das Pferd. Einen unbemerkten Augenblick benutzte Bujez dazu, um dem Pferde ein Stück brennenden Feuerschwamm in das Ohr zu stecken. Kaum, daß Nye das Pferd bestiegen hatte, stieg dieses an wie rasend herumzuspringen, so daß sich der Reiter nur mit schwerer Mühe auf dem Pferde erhalten konnte. Plötzlich kam das Tier einem steilen Felsabhang zu nahe und stürzte samt dem Reiter in die Tiefe, wo Nye mit zerschmetterten Gliedern tot liegen blieb. Bujez, der ein so verhängnisvolles Ende dieses Späßes nicht vermutet hatte, stellte sich selbst der Gendarmen, wo er den ganzen Sachverhalt erzählte. Gegen Bujez wurde die Strafamtshandlung eingeleitet.

Nabla de Sarasate, der internationale Violinvirtuose, ist in Biarritz plötzlich gestorben. Als Wunderkind begann der 1844 in Pamplona (Spanien) Geborene bereits mit sechs Jahren Konzerte zu geben. Später hat er in der ganzen Welt seine Technik bewundern lassen.

Gattenmord. An Bord des am Montag aus Brasilien in Vordcauz eingetroffenen Dampfers „Corbillere“ kam man einem Gattenmord auf die Spur. Der 23jährige Michael Trades aus Santos wollte in der Nähe von Rio de Janeiro einen Koffer ins Meer werfen; man hinderte ihn daran und fand in dem Koffer den zerstückelten Leichnam eines älteren Mannes. Trades gestand, daß er seinen Arbeitgeber auf Anstiften von dessen Gattin ermordet habe. Beide wollten später den reichlichen Nachlaß des Ermordeten in Europa verjubeln. Der Mörder wurde den Behörden von Rio ausgeliefert. Die Mitschuldige ist flüchtig.

Amerikanische Zivilisation. Aus Georgia wird ein außerordentlicher Fall von Lynchjustiz gemeldet. In der Stadt Powersville, einem kleinen Orte in der Nähe von Macon, sollte ein Neger ein zwölfjähriges Mädchen, die Tochter eines Ladenbesizers, belästigt haben. Das Gericht hatte sich kaum vorbereitet, als sich zwanzig Frauen, alle mit Revolvern bewaffnet, unter Führung der Mutter auf die Jagd nach dem Neger begaben. Einige Männer schlossen sich den Frauen an, überließen diesen jedoch, wie auf Verabredung, die Ausführung des Racheaktes. Der Schwarze wurde in einem Versteck in der Nähe einer Baumwollpflanzung entdeckt und die verfolgenden Frauen eröfneten Feuer auf ihn. Der mehrfach verwundete Mann hat jämmerlich um sein Leben, aber die Frauen kannten kein Erbarmen. Die Mutter des Mädchens befohl den anderen Frauen, zurückzutreten, ging dann dicht an den unglücklichen Neger heran und schoß diesem die ganze Ladung ihres Revolvers in den Leib. Die Neger des Ortes behaupten, daß der Lynchmord unschuldig gewesen sei und daß er mit Recht um sein Leben besorgt war und floh, als er die wütenden Weiber hinter sich sah. Es scheint in der Tat, daß die Frauen einen Unschuldigen ermordeten, denn das Mädchen verwickelte sich bei seiner späteren Vernehmung fortwährend in Widersprüche.

Wie weit reicht die menschliche Stimme? Stentor konnte nach Homer so laut rufen wie 50 Männer zusammen; wie weit seine Stimme aber vernehmlich war, darüber erzählen die Griechen nichts. Die Tragweite der menschlichen Stimme ist je nach Klima und Luftbeschaffenheit verschieden. Kürzlich sind darüber in Colorado Untersuchungen angestellt worden, bei denen sich zwei Personen, die auf zwei Hügeln im Abstände von vier Kilometer standen, verständigen konnten; Leutnant Foster, der an einer Nordpol-Expedition teilgenommen hat, konnte sich mit einem Gefährten ohne Schwierigkeiten auf zwei Kilometer verständigen, was bei der Luftbeschaffenheit des Polargebietes leicht verständlich ist. Unter Wasser ist die menschliche Stimme, wie jeder andere Ton, noch weiter vernehmlich. Bei Versuchen auf dem Genfer See wurde Verständigung über eine Entfernung von 14 Kilometern erzielt. Man kann daher wohl glauben, daß bei den Feldzügen des Darius ein Mann mit einer Stentorstimme an einem Donauufer so laut gerufen hat, daß man es am anderen hören konnte.

Orkan auf der Inagua-Insel. Wie aus New York gemeldet wird, hat der Dampfer „Iberia“ dorthin gemeldet, daß von Bord des Schiffes, als es die Bahama-Insel Groß-Inagua längs der Westseite passierte, beobachtet wurde, wie die dort gelegene Stadt St. Mathew von einem Orkan vernichtet wurde. Die Häuser der Stadt seien in die Luft gewirbelt worden, sodaß man annehmen müsse, daß sämtliche Einwohner, deren Zahl auf etwa 700 geschätzt wird, umgekommen seien. Die Inseln Groß- und Klein-Inagua gehören der südlichen Gruppe der Bahama-Inseln, der Passagegruppe, an und stehen unter englischer Herrschaft.

Der sportliche Stumpfsinn erhielt einen neuen Beitrag durch einen „Wettgang“, der am Sonnabend im Stadium der französisch-britischen Ausstellung zu London beendet worden ist. Er dauerte 24 Stunden, von Freitag nachmittag 5 Uhr bis Sonnabend nachmittag, und die Teilnehmer liefen bei Tageslicht und beim Schein der elektrischen Lampen immerfort im Kreise wie ein blindes Karussellpferd. Der Sieger, ein bekannter Champion des Dauerganges, namens Hammond, legte in 24 Stunden 181 Meilen 580 Yards, 2 Fuß, rund 200 Kilometer zurück und stellte damit — Hoffman! — einen Weltrekord auf. Selbst viele Engländer bezweifelten, ob das dreimal heilige Wort Sport auf solche Veranstaltungen ausgedehnt werden kann. Um einer Wiederholung der beim Marathon-Rennen beobachteten kläglichen Szenen vorzubeugen, waren die Spielleiter freilich angewiesen, jeden Bewerber, der allzu sichtbare Zeichen von Erschöpfung an den Tag legte, aus der Arena zu entfernen; dennoch ist kein Zweifel, daß die Kämpfer, um Aussicht auf Erfolg zu haben, ihre Kräfte bis aufs äußerste anstrengen mußten. Wodurch wird nun eine solche Tierquälerei gerechtfertigt, die den Zuschauern kein Vergnügen gewähren kann und die sehr geringen praktischen Nutzen hat, da nur ganz einseitig gedrehte Wettgänger und auch diese mit einem unter halbwegs normalen Verhältnissen unsmittigen Kraftaufwande an dem Ganzen teilnehmen. Der Freund des Wanderns, der einen tüchtigen Marsch durch Berg und Tal als die geistig und körperlich gesundeste Erholung schätzt, betrachtet solche geisttötenden Wettläufe im Kreise mit ähnlichen Gefühlen, wie ein weidgerechter Jägermann einen skrupellosen, nur auf eine möglichst dicke gefüllte Taube bedachten Massenmörder des Wildes. Gerade in England ist das Mißverhältnis zwischen den Leistungen der Spezialisten und des Normalmenschen sehr groß, denn die den Sportübungen so sehr zugetanen Eingeborenen sind keineswegs hervorragende Wanderer. In Schottland zum Beispiel wundert sich der Ausländer oft darüber, daß er mutterseelenallein über die herrlichsten Pfade streift, während die englischen Touristen unten im Tal eng gedrängt in einer Kutsche auf staubiger Landstraße dahinjollen.

Verantwortlicher Redakteur; Paul Böwig.
Verleger: E. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. C.
Sämtlich in Lübeck.

